

Sonderdruck aus:

**EMDER
JAHRBUCH**
für historische
Landeskunde Ostfrieslands

Handlungsspielräume der Arbeiter- und
Soldatenräte in Ostfriesland 1918/19

Von Michael Hermann

BAND 99 (2019)

Ostfriesische Landschaft
Aurich

Handlungsspielräume der Arbeiter- und Soldatenräte in Ostfriesland 1918/19

Von Michael Hermann

Selbst einhundert Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges kann man sich einer gewissen Faszination nicht erwehren, wenn man betrachtet, mit welcher rasanten Geschwindigkeit und beispiellosen Durchschlagskraft die „revolutionären Arbeiter, Matrosen und Soldaten das monarchische System im November 1918 zunächst ins Wanken und schließlich zum Fall“ gebracht hatten.¹ Nachdem die ersten Unruhen in Kiel ihren Ausgang genommen und bereits am 4. November zur Gründung des ersten Soldatenrates der Revolution und am 5. November zur Konstituierung eines Arbeiterrates geführt hatten,² sahen sich die ehemals herrschenden Fürstenhäuser bis Mitte des Monats reihenweise zur Abdankung gezwungen.³

Auch in Ostfriesland wurde die überraschende Schnelligkeit der Ereignisse bemerkt. Das Leeraner Anzeigenblatt sprach von einer „Lawine“, die sich „über fast ganz Nordwest-Deutschland und auch über Mittel- und Süddeutschland“ verbreitet hatte,⁴ während E.A. Meinecke im „Ostfriesischen Schulblatt“ die Umsturzbewegung mit einer „unaufhaltsame(n) Flut“ verglich: „In Kiel bildete sich die Woge, und nach vier Tagen hat sie schon Berlin und München erreicht.“⁵

Versuche, die sich anbahnende Revolte auf dem Verordnungswege einzudämmen, scheiterten bereits im Ansatz. Noch am 6. November 1918 erließ der Oberbefehlshaber in den Marken, Alexander von Linsingen, eine Verordnung, in der er die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten nach russischem Muster verbot, da

- 1 Peter Keller, Ruhe und Ordnung in Ostfriesland? Ein Beitrag zur Geschichte des „Anti-Chaos-Reflexes“ nach dem Ersten Weltkrieg, in: Michael Hermann / Paul Weßels (Hrsg.), Ostfriesland im Ersten Weltkrieg, Aurich 2014, S. 335-350, hier: S. 335. Zur Würdigung der Rolle der Matrosen bei der Verbreitung der Revolution siehe: Sonja Kinzler / Jens Buttgerit, „Sturmvögel der Revolution“. Zur Verbreitung der Revolution durch (Kieler) Matrosen, in: Sonja Kinzler / Doris Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, S. 140-149.
- 2 Vgl. Christian Lübcke, Zehn Tage im November. Eine Rekonstruktion des Kieler Matrosenaufstands, in: Sonja Kinzler / Doris Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, S. 97-103; Mario Wenzel, Die Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution von 1918/19, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 66. Jg., 2018, Heft 10, S. 799-812, hier: S. 799-800.
- 3 Vgl. Erich Kittel, Novemberumsturz 1918. Bemerkungen zu einer vergleichenden Revolutionsgeschichte der deutschen Länder, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jg. 104, 1968, S. 42-108, hier: S. 49-56. Eine Erklärung versucht Lothar Machtan, Der erstaunlich lautlose Untergang von Monarchie und Bundesfürstentümern – ein Erklärungsangebot, in: Alexander Gallus (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 39-56.
- 4 Zitiert nach Enno Eimers, Kleine Geschichte der Stadt Leer, Leer 1993, S. 75.
- 5 E.A. Meinecke, Das werdende „neue Deutschland“, in: Ostfriesisches Schulblatt. Zeitschrift des Ostfriesischen Lehrerverbandes, 58. Jg., 1918, S. 361-364, hier: S. 361. Axel Schildt führt die rasante Ausbreitung der Bewegung auch auf „die telegraphisch versierten Funker“ sowie die „Besetzung der zentralen Nachrichtenagentur ‚Wolffs Telegraphisches Bureau‘“ zurück. Vgl. Axel Schildt, Der lange November – zur Historisierung einer deutschen Revolution, in: Alexander Gallus (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 223-244, hier: S. 235.

diese Einrichtungen „mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch“ stehen und die öffentliche Sicherheit gefährden würden.⁶ Zwei Tage später meldete sich auch das Reichsmarineamt zu Wort und erklärte in einem Rundschreiben an alle Marinedienststellen, bei Soldatenräten würde es sich um eine Nebenregierung handeln, die nicht anerkannt werden würde.⁷

Auch im zivilen Bereich suchte man nach Wegen, um die Umstürzbewegung noch im letzten Moment aufzuhalten. In einem telegrafischen Erlass des Ministers des Innern wurden die nachgeordneten Behörden am 7. November 1918 aufgefordert, „sofort zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in städtischen und ländlichen Bezirken die Organisation von Bürgerwehren [...] in die Wege zu leiten.“⁸ Der Regierungspräsident in Aurich gab weisungsgemäß noch am gleichen Tag den Wortlaut des Telegramms an sämtliche ostfriesischen Landräte und Magistrate weiter und bat um Rückmeldung über die vor Ort veranlassten Maßnahmen.⁹ Die darauf erfolgten Reaktionen geben eindrucklich Aufschluss darüber, in welche Richtung sich die Machtverhältnisse in Ostfriesland in den Tagen des Umsturzes entwickelten.

Denn allein der Landrat in Wittmund sah in einer ersten, unmittelbaren Stellungnahme die Gründung von Bürgerwehren als „dringend“ erforderlich an.¹⁰ Bereits zwei Wochen später ruderte er jedoch zurück und gab zu Bedenken, die Bildung einer Bürgerwehr könnte von radikalen Elementen als „Anfang einer Gegenrevolution gesehen werden“.¹¹ Ähnlich die Einschätzung des Leerer Bürgermeisters Erich Helms vom 8. November 1918: „Wir tragen Bedenken hier am Orte eine Bürgerwehr zu entrichten. [!] Wir fürchten damit die vorhandene Spannung nur noch weiter zu vermehren.“¹² Auch in Aurich gelangte man zu der Auffassung, dass der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat mit der Errichtung einer Bürgerwehr nicht einverstanden sein würde.¹³ Zudem sah Bürgermeister Friedrich Schwiening in einem Schreiben vom 18. November 1918 die Einrichtung einer

6 Das Oberkommando in den Marken gegen die Soldatenbewegung, in: Ostfriesen Zeitung (im Folgenden: OZ) vom 08.11.1918. Vgl. Sigrid P l a d i e s, Funktion und Bedeutung des Emder Arbeiter- und Soldatenrates von November 1918 bis Februar 1919 (masch. Prüfungsarbeit für das Lehramt an Realschulen), Emden 1967, S. 11.

7 Rundschreiben des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes vom 08.11.1918, StadtA Emd V 9 und StadtA Emd V 11. Vgl. Lenhard J a n s s e n, Revolutionäre Bewegungen in Ostfriesland am Anfang der Weimarer Republik (masch. Hausarbeit zur 1. Lehramtsprüfung), Wirdum 1974, S. 16.

8 Telegramm des Ministers des Innern vom 07.11.1918, Niedersächsisches Landesarchiv – Abteilung Aurich (im Folgenden: NLA AU) Rep. 16/1, Nr. 1409.

9 Vgl. Schreiben des Regierungspräsidenten in Aurich vom 07.11.1918, NLA AU Rep. 16/1, Nr. 1409.

10 Vgl. Schreiben des Landrats in Wittmund vom 08.11.1918, NLA AU Rep. 16/1, Nr. 1409.

11 Schreiben des Landrats in Wittmund vom 23.11.1918, NLA AU Rep. 16/1, Nr. 1409.

12 Schreiben des Magistrats der Stadt Leer vom 08.11.1918, NLA AU Rep. 16/1, Nr. 1409. Ebenso sah es der Emder Bürgermeister: „Die Schaffung von Bürgerwehren würde nur dann Zweck haben, wenn die Arbeiterorganisationen ihre Mitwirkung zusagten. Anderenfalls würde die Bürgerwehr als Gegenorganisation gegen die Arbeiterorganisation aufgefasst werden.“ Schreiben des Magistrats der Stadt Emden vom 28.11.1918, NLA AU Rep. 16/1, Nr. 1409.

13 Schreiben des Magistrats der Stadt Aurich vom 18.11.1918, NLA AU Rep. 16/1, Nr. 1409. Ähnlich äußerte sich auch der Magistrat der Stadt Norden in seinem Schreiben vom 13.11.1918, NLA AU Rep. 16/1, Nr. 1409: „Wie sich die Verhältnisse entwickelt haben, könnte nur eine Bürgerwehr eingerichtet werden, die dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt wäre. Eine Organisation gegen denselben würde zwecklos sein“.

Bürgerwehr als unnötig an, so lange der „Soldatenrat hier für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ sorgen würde.¹⁴

Innerhalb weniger Tage hatten sich die politischen Vorzeichen auf kommunaler Ebene also dramatisch verändert. An die Errichtung einer Bürgerwehr zur Eindämmung der revolutionären Bewegung in Ostfriesland war gegen den Willen der inzwischen gegründeten Arbeiter- und Soldatenräte nicht mehr zu denken. Und darüber hinaus: Nicht mehr Militär oder Polizei wurden als maßgebliche Garanten für Ruhe und Ordnung angesehen, sondern die Revolutionsorgane selbst.

Tatsächlich stand bei den ostfriesischen Arbeiter- und Soldatenräten die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den publizierten Bekanntmachungen ganz oben auf der Tagesordnung.¹⁵ Darüber hinaus beanspruchten sie jedoch auch die Entscheidungshoheit über die lokale Administration. In einer entsprechenden Bekanntmachung des Emder Arbeiter- und Soldatenrates vom 8. November 1918 hieß es eindeutig: „Sämtliche Kommunal- und Königliche Behörden sind dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt.“ Ähnliche Anordnungen erließen auch die Arbeiter- und Soldatenräte in Aurich bzw. in Leer. Und die Behörden? Von diesen erfolgte offensichtlich kein Widerspruch.

In Leer informierte der Magistrat am 11. November 1918 alle Dienststellen, dass er sich „dem in Leer gebildeten Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt“ habe und bereit sei, „dessen Anordnungen auszuführen.“ In der Rheiderland-Zeitung war am 16. November 1918 zu lesen, dass sich in Weener Landrat Bachmann für die Kreisbehörde, Bürgermeister Itzen und Ratsherr Kramer für die Fleckensbehörde sowie Hauptmann und Kompanie-Führer Weimar für das Garnisonkommando dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt hatten. Und in Emden akzeptierte Bürgermeister Dr. Wilhelm Mützelburg offensichtlich unwidersprochen die Mitteilung, dass die Polizei nunmehr ausführendes Organ des Arbeiter- und Soldatenrates sei und dessen Anweisungen Folge zu leisten habe.

Sinnbild dieser veränderten Machtverhältnisse war das Hissen roter Fahnen auf den Rathaustürmen wie zum Beispiel in Emden oder in Leer.¹⁶ Die Symbolik, die mit dem Aufziehen der roten Fahnen auf den bedeutendsten Behördenorten einherging, sollte nicht unterschätzt werden. So sahen sich Landrat und Magistrat in Weener am 14. November 1918 zu einer Bekanntmachung genötigt, in der sie davor warnten, die auf dem Landratsamt und dem Rathaus gehissten roten Fahnen wieder zu entfernen und durch schwarz-weiße Fahnen zu ersetzen. Derartige „unbesonnene Handlungen“ – so hieß es – seien geeignet, „die öffentliche Ruhe und Ordnung aufs Schwerste“ zu gefährden.¹⁷

Wie auch im übrigen Reich waren die Arbeiter- und Soldatenräte in Ostfriesland – zumindest kurzzeitig – die Inhaber der tatsächlichen Gewalt, die sich sowohl auf das politische, polizeiliche als auch militärische Feld erstreckte.¹⁸ Es stellt sich

14 Schreiben des Magistrats der Stadt Aurich vom 18.11.1918, NLA AU Rep. 16/1, Nr. 1409.

15 Vgl. zu diesem Thema vor allem K e l l e r, S. 335-350.

16 Vgl. Emden unter der roten Fahne, in: OZ vom 10.11.1918. Bericht zu Leer, in: Ostfriesische Nachrichten (im Folgenden: ON) vom 13.11.1918. Siehe auch: Aiko S c h m i d t, Die Novemberrevolution 1918 und die Anfänge der Weimarer Republik in Emden, Oldenburg 2018, S. 26.

17 Bekanntmachung, in: Rheiderland Zeitung (im Folgenden: RZ) vom 16.11.1918.

18 Vgl. Wolfgang N i e s s, Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, Berlin / München / Zürich / Wien 2017, S. 127; Reinhard R ü r u p, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte, in: Helga G r e b i n g (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/19,

jedoch die Frage, wie groß die Machtbefugnis der ostfriesischen Arbeiter- und Soldatenräte auf lokaler und regionaler Ebene tatsächlich gewesen ist und welche Handlungsmöglichkeiten und -spielräume die neugebildeten Revolutionsorgane im November 1918 und in den darauffolgenden Monaten bis zu ihrer flächendeckenden Auflösung besaßen.

Gerade im Vergleich zu anderen Epochen haben Revolution und Rätebewegung in Ostfriesland nur selten das historiographische Interesse geweckt.¹⁹ Dass die sogenannte „Novemberrevolution“²⁰ von Alexander Gallus noch 2010 als „vergessene Revolution“ bezeichnet wurde,²¹ weil sie „nie einen festen Platz im kollektiven Gedächtnis“ erringen konnte und in der deutschen Erinnerungskultur bis heute nur eine untergeordnete Rolle spielte,²² gilt insbesondere für die lokal- und regionalhistorische Forschung in Ostfriesland.

Eine der wenigen Monographien zu dem Thema, die auch außerhalb Ostfrieslands wahrgenommen wurde, ist bis heute Rudolf Nassuas Arbeit zur Rätebewegung in Ostfriesland.²³ Daneben gibt es eine weitere Monographie von Norbert Fiks zur Revolution in Leer,²⁴ während für die revolutionären Ereignisse in Aurich und Norden ein Aufsatz von Herbert Reyer bzw. entsprechende Ausführungen von Johann Haddinga grundlegend sind.²⁵

Berlin 2008, S. 305-328, hier: S. 312.

- 19 Die meisten Neuerscheinungen zum hundertjährigen Jubiläum nahmen erwartungsgemäß die Entwicklung an den Hauptumsturzpunkten, wie zum Beispiel Berlin oder München, in den Blick. Bemerkenswert ist allerdings die Neuinterpretation der Revolutionsereignisse als Vorgeschichte der Demokratisierung. Vgl. Wolfgang Niess, *Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie*, Berlin / München / Zürich / Wien 2017; Joachim Käppner, *1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen*, München 2017; Robert Gerwath, *Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit*, München 2018. Siehe auch: Volker Ullrich, *Die vergessene Revolution. Erst 100 Jahre später rücken die Ereignisse von 1918/19 wieder in ein positiveres Licht*, in: *Das Parlament*, 68. Jg., Nr. 30-31, 2018, S. 1.
- 20 In der historischen Forschung wird inzwischen von diesem Begriff abgerückt, weil damit „die Perspektive zu sehr auf den bloßen Vorgang des Staatsumsturzes im November 1918 reduziert wird“ und das revolutionäre Geschehen der Nachfolgemonate ausgeblendet bleibt. Vgl. Volker Ullrich, *Die Revolution von 1918/19*, München 2009, S. 9. Siehe auch: Wilfried Reininghaus, *Die Revolution von 1918/19 in Westfalen und Lippe als Forschungsproblem. Quellen und offene Fragen*, Münster 2016, S. 13.
- 21 Vgl. Alexander Gallus, *Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel*, in: Ders. (Hrsg.), *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Göttingen 2010, S. 14-38. Siehe auch: Jürgen Mittag, *Von der verratenen zur vergessenen Revolution? Einleitende Anmerkungen zum Kontext von Arbeiterbewegung und Ruhrgebiet in der Revolution 1918 bis 1920*, in: *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920*, Essen 2013, S. 19-43, hier: S. 19.
- 22 Zuletzt sprach Alexander Gallus von einer „erinnerungspolitischen, aber auch historiografischen Revolutionslethargie“. Vgl. Alexander Gallus, *Revival einer Revolution. Historisierung und Aktualisierung der Umbrüche von 1918/19*, in: Sonja Kinzler / Doris Tillmann (Hrsg.), *Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918*, Darmstadt 2018, S. 18-23, hier: S. 18. Siehe auch: Mittag, S. 32; Gallus, *vergessene Revolution*, S. 14 und 37-38.
- 23 Vgl. Rudolf Nassua, *Alle Macht den Räten. Arbeiterräte, Bauern- und Landarbeiterräte, Soldatenräte in Ostfriesland 1918 bis 1919*, Aurich 2007. Siehe dazu auch: Reininghaus, S. 13.
- 24 Vgl. Norbert Fiks, *Die Novemberrevolution. Leer unter dem Arbeiter- und Soldatenrat*, Norderstedt 2007.
- 25 Vgl. Herbert Reyer, *Revolution und demokratischer Neubeginn. Stadt und Landkreis Aurich in den Jahren 1918 bis 1920*, in: Ders. (Hrsg.), *Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur*,

Besonders eklatant fällt die Ausblendung der Revolutionsgeschichte für Emden aus, obwohl der dortige Arbeiterrat seit der bahnbrechenden Studie von Eberhard Kolb Ende der 1970er Jahre über die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik im Ruf stand, in der Sicherheitswehr Spartakisten geduldet zu haben bzw. versucht haben soll, Ostfriesland von Emden aus zu radikalieren.²⁶ Wenngleich die Quellenüberlieferung gerade für Emden erfreulich gut ist, waren es zunächst zwei Lehrprüfungsarbeiten in den 1960er- und 1970er Jahren, die sich am ausführlichsten mit dem revolutionären Geschehen in der Seehafenstadt befassten.²⁷ Erst zum hundertjährigen Jubiläum hat Aiko Schmidt eine weitere Studie zur „Novemberrevolution 1918 und die Anfänge der Weimarer Republik in Emden“ vorgelegt, in der er minutiös die revolutionären Ereignisse in Emden darstellt.²⁸ Auch zu der Revolution in Wilhelmshaven ist jüngst eine neue Publikation erschienen, nachdem lange Jahre die Veröffentlichungen von Johann Cramer grundlegend waren.²⁹

Auch Arbeiten zur ostfriesischen Revolutionsgeschichte, die übergreifende Fragestellungen verfolgten, blieben bis heute rar. Eine Ausnahme ist ein Beitrag von Peter Keller, in dem er sich mit der Frage „Ruhe und Ordnung in Ostfriesland? Ein Beitrag zur Geschichte des Anti-Chaos-Reflexes nach dem Ersten Weltkrieg“ auseinandersetzt.³⁰

Aurich 1998, S. 85-122; Johann Haddinga, *Bewegte Zeiten in Norden. Geschichte im Spiegel der Jahre 1914-1948*, Norden 2010, S. 42-55. Zu Wittmund sind es sogar nur wenige Passagen in dem Aufsatz von Inge Lüpke-Müller, *Der Landkreis Wittmund zwischen Monarchie und Diktatur. Politische Strukturen und Wahlergebnisse von 1918 bis 1933*, in: Herbert Reyer (Hrsg.), *Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur*, Aurich 1998, S. 11-83.

- 26 Vgl. Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919*, Frankfurt / Main / Berlin / Wien 1978, S. 297. U.a. hat Reininghaus Kolbs Arbeit eine „Vorbildfunktion“ attestiert, weil er erstmals eine Typologie der Arbeiterräte entwickelt hatte. Für Weipert setzte Kolbs Dissertation „zweifelloso wichtige Maßstäbe für die weitere Forschung“. Siehe dazu: Axel Weipert, *Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920*, Berlin 2015, S. 18. Reininghaus, S. 22.
- 27 Vgl. Sigrid Pladies, *Funktion und Bedeutung des Emdener Arbeiter- und Soldatenrates von November 1918 bis Februar 1919* (masch. Prüfungsarbeit für das Lehramt an Realschulen), Emden 1967; Lenhard Janssen, *Revolutionäre Bewegungen in Ostfriesland am Anfang der Weimarer Republik* (masch. Hausarbeit zur 1. Lehramtsprüfung), Wirmund 1974. Davon abgesehen konnte man noch auf die Arbeit von Marianne Claudi und Reinhard Claudi, *Goldene und andere Zeiten. Emden – Stadt in Ostfriesland*, Emden 1982, zurückgreifen, während Deeters für das Revolutionsgeschehen in Emden nur wenige Absätze übrig hatte. Vgl. Walter Deeters, *Geschichte der Stadt Emden von 1890 bis 1945*, in: Jannes Ohling u.a. (Hrsg.), *Ostfriesland im Schutze des Deiches*, Bd. 7, Leer 1980, S. 197-256, hier: S. 230-231.
- 28 Vgl. Aiko Schmidt, *Die Novemberrevolution 1918 und die Anfänge der Weimarer Republik in Emden*, Oldenburg 2018.
- 29 Vgl. Stephan Huck (Hrsg.), *Die See revolutioniert das Land*, Wilhelmshaven 2018; Johann Cramer, *Der rote November 1918. Revolution in Wilhelmshaven*, Wilhelmshaven 1968; Hartmut Büsing / Johann Cramer, *... das Volk vom Elend zu erretten. Revolution in Rüstringen und Wilhelmshaven*, Wilhelmshaven 1988. Siehe auch zur Revolution in Wilhelmshaven: Martin Wein, *Stadt wider Willen. Kommunale Entwicklung in Wilhelmshaven / Rüstringen 1853-1937*, Marburg 2006, v.a. S. 256-276; Gerd Steinwascher, *Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik*, in: Ders. (Hrsg.), *Geschichte Niedersachsens*, Bd. 5: *Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung*, Hannover 2010, S. 19-197, hier: v.a. S. 26-30. Obwohl Wilhelmshaven in der Zwischenkriegszeit verwaltungstechnisch zum Regierungsbezirk Ostfriesland gehörte, wird die dortige revolutionäre Entwicklung nicht explizit untersucht.
- 30 Peter Keller, *Ruhe und Ordnung in Ostfriesland? Ein Beitrag zur Geschichte des „Anti-Chaos-Reflexes“ nach dem Ersten Weltkrieg*, in: Michael Hermann / Paul Weßels

Das geringe Interesse an einer historischen Aufarbeitung der Revolution in Ostfriesland mag auch mit der unzureichenden Quellenüberlieferung zusammen hängen. Originäre Unterlagen der verschiedenen ostfriesischen Arbeiter- und Soldatenräte fehlen nahezu vollständig, abgesehen von einigen Unterlagen des Auricher Arbeiter- und Soldatenrates, die über den Heimatverein überliefert wurden.³¹ Alternativ steht nur die behördliche Überlieferung zur Verfügung. Auf kommunaler Ebene handelt es sich v.a. um Unterlagen im Stadtarchiv Leer und im Stadtarchiv Emden, während sich die staatliche Überlieferung, insbesondere Unterlagen des Emdener Landrats und des Regierungspräsidenten in Aurich im Niedersächsischen Landesarchiv befindet. Ergänzend zur relativ prekären Quellenlage sollte für die weitere Forschung unbedingt eine flächendeckende Auswertung der lokalen und regionalen Presseorgane vorgenommen werden.³²

Gründung, Ziele und Zusammensetzung der Arbeiter- und Soldatenräte

Die Revolutionsereignisse in Deutschland sind unmittelbar mit der Formierung der Arbeiter- und Soldatenräten verbunden, die insbesondere in den ersten Tagen und Wochen als „zentrale Akteure der Umwälzung“ angesehen wurden. Die Organisationsform der Räte war dabei bestens geeignet, den politischen Willen der Menschen zu artikulieren, da diese „lokal und relativ unkompliziert – anfangs oft per Akklamation auf größeren Versammlungen – entstanden und eine direkte Einflussnahme der Wähler auf politische Fragen ermöglichten.“³³

Diese Entwicklung lässt sich auch in Ostfriesland nachvollziehen, wo sich – beginnend mit dem 6. November – innerhalb von vierzehn Tagen in allen bedeutenderen Städten und Orten Soldatenräte, Arbeiterräte oder Arbeiter- und Soldatenräte bildeten.³⁴

(Hrsg.), Ostfriesland im Ersten Weltkrieg, Aurich 2014, S. 335-350.

- 31 Vgl. NLA AU Dep. 99, acc. 1997/013 Nr. 15, Unterlagen des Arbeiter- und Soldatenrates Aurich. Reyer war es nicht mehr möglich gewesen, diese Unterlagen in seinem Aufsatz zu verwerten. Siehe dazu: Reyer, S. 100.
- 32 Eine Initiative im Rahmen der Arbeitsgruppe Lokal- und Regionalgeschichte der Ostfriesischen Landschaft brachte bislang nur eine Auswertung der Rheiderland Zeitung, des Jeverschen Wochenblattes und in Teilen der Ostfriesischen Nachrichten.
- 33 Axel Weipert, Räte als politischer Raum. Ziele und Praxis der Räte in der Novemberrevolution, in: Sonja Kinzler / Doris Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, S. 170-175, hier: S. 170.
- 34 Auf Grund der teilweise unzureichenden Quellenüberlieferung ist es allerdings nicht in jedem Einzelfall möglich, das exakte Gründungsdatum zu rekonstruieren. Zu Aurich: Reyer, S. 85 und 92. Zu Borkum: Volker Apfeld, Borkum – Festung im Meer. Die interessante Geschichte der Seefestung Borkum von den Anfängen im Jahre 1902 bis zur Schließung des Bundeswehrstandortes 1996, Emden 2005, S. 32; Schreiben des Gemeindevorstands des Nordseebades Borkum vom 09.12.1918, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 1409. Zu Dornum: Telegramm des Landrats Norden vom 14.11.1918, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561. Zu Emden: Aiko Schmidt, S. 19 und 22. Zu Hage: Hadninga, S. 42 und 44. Siehe auch entsprechende Berichte in der RZ vom 12.11.1918 und in den ON vom 13.11.1918. Zu Leer: Das genaue Gründungsdatum des Soldatenrates ist nicht mehr eindeutig rekonstruierbar. Vgl. Fiks, S. 16-17. Zu Norden: Das tatsächliche Gründungsdatum ist nicht bekannt. Am 09.11.1918 fand jedoch das erste öffentliche Auftreten des Soldatenrates auf dem Norder Marktplatz statt. Hadninga, S. 44 und 46. Zu Norderney: Bericht im Ostfriesischen Kurier vom 19.11.1918. Zu Wiesede: Bericht in den ON vom 24.11.1918. Zu Wilhelmshaven: Jens Graul, Die Revolution in Wilhelmshaven-Rüstringen: Oktober 1918 - Februar 1919, in: Stephan Huck (Hrsg.), Die See revolutioniert

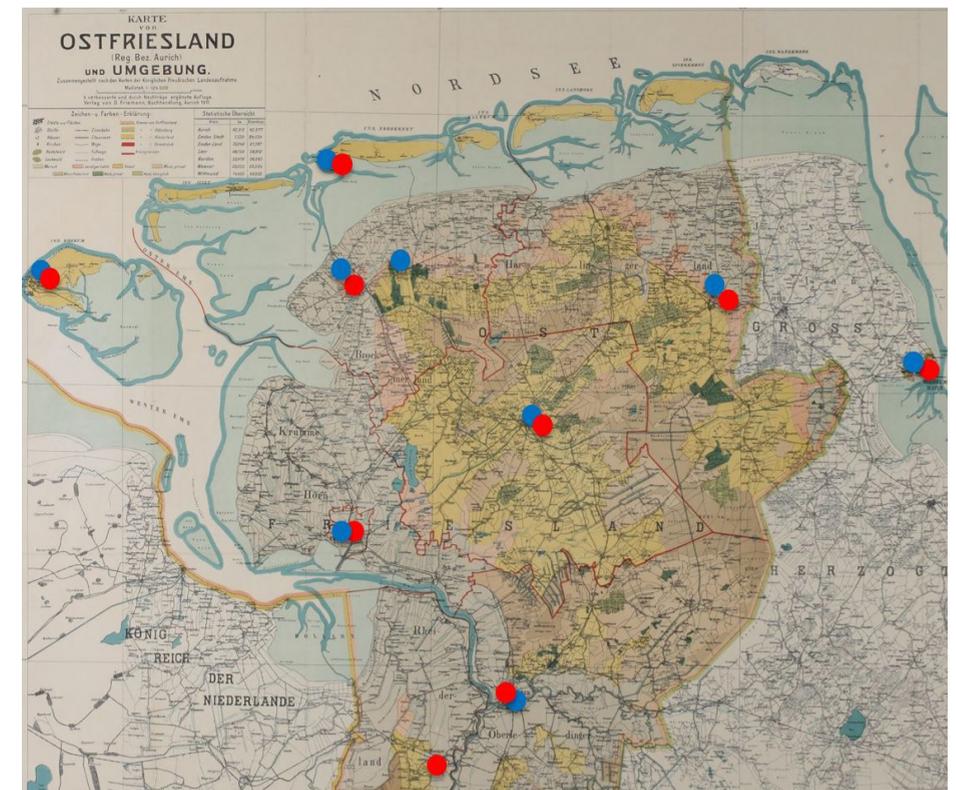


Abb. 1: Übersichtskarte über die Verteilung der Arbeiterräte (rot) und Soldatenräte (blau) in Ostfriesland (Originalkarte von 1911: NLA AU Rep. 244 C Nr. 2676; Kennzeichnung der Räte durch den Verfasser)

Ohne die Gründungsphasen der neuentstandenen Revolutionsorgane im Einzelnen darzustellen, kann festgehalten werden, dass für die Etablierung der ostfriesischen Räte drei Charakteristika kennzeichnend waren, die sich auch für das übrige Reichsgebiet erkennen lassen.

Zunächst gingen die ersten Maßnahmen, um die Revolution vor Ort voranzutreiben, in der Regel von den Soldaten aus. Selbst in einer Stadt wie Emden, in der eine aktive und organisierte Arbeiterschaft bestand, waren es die Soldaten, die sich zu ersten Räten zusammenschlossen.³⁵ Dagegen erfolgte die Gründung von Arbeiterräten erst mit einer gewissen Verzögerung, führten dann jedoch im Regelfall zu Formen der „Kooperation oder Fusion“ in Form von Arbeiter- und Soldatenräten.³⁶

Auch in Ostfriesland waren die neuen Revolutionsorgane „nicht aus freien und direkten Wahlen unter einer revolutionär gesinnten Bevölkerung

das Land, Wilhelmshaven 2018, S. 41-50, hier: S. 42. Zu Wittmund: Lüpke-Müller, S. 13.

35 Vgl. Kolb, Arbeiterräte, S. 83 und 85. Siehe auch: Weipert, Räte, S. 172; Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, S. 105.

36 Vgl. Reininghaus, S. 44.

hervorgegangen“.³⁷ Vielmehr hatten sich die Räte mehrheitlich auf dem Verhandlungswege oder im Anschluss an öffentliche Volksversammlungen auf dem Marktplatz konstituiert.³⁸

Datum	Ort	Ratsgründungen
06.11.1918	Wilhelmshaven	Soldatenrat Arbeiterrat
06.11.1918	Emden	Soldatenrat
07.11.1918	Emden	Arbeiterrat
07.11.1918	Hage	Soldatenrat
08.11.1918	Aurich	Soldatenrat
08.11.1918	Borkum	Soldatenrat
09.11.1918	Norden	Soldatenrat
09.11.1918	Leer	Soldatenrat Arbeiterrat
10.11.1918	Wittmund	Soldatenrat
10.11.1918	Norden	Arbeiterrat
10.11.1918	Norderney	Arbeiter- und Soldatenrat
12.11.1918	Aurich	Arbeiterrat
13.11.1918	Weener	Arbeiter- und Soldatenrat
vor dem 14.11.1918	Dornum	Soldatenrat
14.11.1918	Wittmund	Arbeiterrat
19.11.1918	Borkum	Arbeiterrat
20.11.1918	Wiesede	Arbeiterrat

Tab. 1: Zeitlicher Ablauf der Gründungen der einzelnen Soldaten- und Arbeiterräte in Ostfriesland

Auffällig ist dabei, dass die Gründungen eher spontan und improvisiert erfolgten und nicht als das Resultat eines „zielbewussten Vorgehens“ angesehen werden können,³⁹ selbst wenn der eigentliche Anstoß zur Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates durchaus von außen kommen konnte. Dies war z.B. in Leer der Fall. Norbert Fiks konnte nachweisen, dass sich 20 Delegierte des Arbeiter- und Soldatenrates Emden zur „Veranstaltung der Revolution“ in Leer einquartiert hatten.⁴⁰

37 Keller, S. 341. Siehe auch: Rolf Uphoff, Nur ein kurzes Intermezzo: Arbeiter- und Soldatenräte. Novemberrevolution in Ostfriesland 1918/19 – Das Scheitern, in: Heim und Herd, Nr. 6, 1999, S. 21-24, hier: S. 22.

38 Vgl. Kolb, Arbeiterräte, S. 88.

39 Vgl. ebd., S. 85; Sabine Roß, Revolution ohne Revolutionäre? Kollektive Biographie der Delegierten der deutschen Reichsrätekongresse 1918/1919, in: Historical Social Research 23, 1998, Heft 3, S. 38-57, hier: S. 40 [DOI: <http://dx.doi.org/10.12759/hsr.23.1998.3.38-57> - Aufruf am 24.06.2019].

40 Vgl. Fiks, S. 15. Nassua und Eimers gingen dagegen von zwanzig Marinesoldaten aus Wilhelmshaven aus, die den Anstoß zur Revolution in Leer gegeben hätten. Dies ist womöglich auf einen Bericht in den ON vom 13.11.1918 zurückzuführen, in dem über die Ansprache eines Matrosen aus Wilhelmshaven beim Kriegerdenkmal die Rede ist. Vgl. Enno Eimers,

Ebenso war die Gründung des Arbeiterrates in Weener eindeutig durch den Leerer Arbeiter- und Soldatenrat initiiert worden.⁴¹

Von diesen zwei frühen Beispielen abgesehen, in denen lokale Arbeiter- und Soldatenräte dazu beitrugen, auch in anderen Gemeinden die Gründung von Räten voranzutreiben, agierten die Revolutionsorgane weitgehend autark. Kontakte untereinander fanden anscheinend nicht statt oder lassen sich zumindest anhand des vorhandenen Aktenmaterials nicht nachweisen.

Offizielle Gelegenheiten für einen Austausch gab es zudem nur wenige. Am ersten Reichsrätekongress in Berlin vom 16. bis zum 20. Dezember 1918 nahmen nur wenige Delegierte aus Ostfriesland teil. Neben Alfred Bock (geb. 07.09.1880) aus dem Wahlbezirk Emden war auch der Vorsitzende des Auricher Soldatenrates, Dr. Friedrich Marcus (geb. 06.08.1889) – allerdings über den Wahlbezirk Oldenburg – sowie der Weeneraner Oskar Schulz (geb. 12.05.1863) aus dem Wahlbezirk Hannover an den Beratungen beteiligt.⁴² Ob es dabei zu Kontakten zwischen den einzelnen Delegierten gekommen ist, ist nicht bekannt.

Ebensowenig ist über die Beratungen der oldenburgischen und ostfriesischen Räte öffentlich geworden, die nach der Ausrufung der sogenannten sozialistischen Republik „Oldenburg-Ostfriesland“ am 10. November 1918 auf Initiative des Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates in Wilhelmshaven, Bernhard Kuhnt, abgehalten wurden.⁴³ Zumindest hielt sich die Bereitschaft der ostfriesischen Arbeiter- und Soldatenräte, an diesen Treffen teilzunehmen, in engen Grenzen. Norden und Emden boykottierten die Zusammenkünfte, während der Arbeiter- und Soldatenrat in Leer schriftlich mitteilen ließ, dass eine Aufforderung zur Teilnahme an den Beratungen „unberechtigt sei, weil Ostfriesland zu Preußen gehört“.⁴⁴ Diese Auffassung teilte auch die nach dem Umsturz neu gebildete Reichsregierung. Zwar sei „das Volk, vertreten durch die A.-u.S.-Räte, an

Leer unter dem Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19, in: Ostfriesland. Zeitschrift für Kultur, Wirtschaft und Verkehr, 1973 Heft 3, S. 15-19, hier: S. 15; Nassua, Macht den Räten, S. 132. Eine Einflussnahme aus Emden ist jedoch wahrscheinlicher, weil dies erklären würde, weshalb der Forderungskatalog des Arbeiter- und Soldatenrates Leer nahezu identisch ist mit der entsprechenden, bereits früher veröffentlichten Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates in Emden.

41 Vgl. Bericht in der RZ vom 12.11.1918. Johann Haddinga vermutete, dass auch die Gründung des Soldatenrates in Hage auf eine Gruppe aus Wilhelmshaven zurückzuführen war. Vgl. Haddinga, S. 44. Dagegen scheint die revolutionäre Bewegung in Aurich oder Borkum der „Eigeninitiative der Soldaten“ entsprungen zu sein.

42 Vgl. Sabine Roß, Biographisches Handbuch der Reichsrätekongresse 1918/19, Düsseldorf 2000, S. 107, 182 und 227. Laut Lenhard Janssen soll auch noch Hugo Schmitz vom Emdener Arbeiter- und Soldatenrat vertreten gewesen sein. (Vgl. Janssen, S. 41) Tatsächlich wird in einer Übersichtsliste in der zeitgenössischen Publikation „Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember. Stenographische Berichte, Berlin 1918“ auf Seite 211 Hugo Schmitz aufgeführt, allerdings war sein Mandat – wie durch eine Umrahmung kenntlich gemacht worden war – zuvor abgelehnt worden. Siehe dazu auch S. 216.

43 Zur Republik Oldenburg/Ostfriesland siehe: Nassua, Macht den Räten, S. 74-76; Aiko Schmidt, S. 36-37; Karl-Heinz de Wall, Republik Oldenburg-Ostfriesland zu gründen schnell zum Scheitern verurteilt, in: Heimat am Meer, 2019, Nr. 2, S. 5-7. Zu Kuhnt: Albrecht Eckhardt, Von der sozialistischen Revolution zur praktischen Tagespolitik und Staatsverwaltung. Das Direktorium des Freistaats Oldenburg in seinen Protokollen 1918/19, Oldenburg 2017, S. 21-23.

44 Telegramm des Arbeiter- und Soldatenrates Leer vom 18.11.1918, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 4090. Siehe auch: Heinrich Schmidt, Politische Geschichte Ostfrieslands, Leer 1975, S. 466-467; Pladies, S. 62; Nassua, Macht den Räten, S. 75 und 181.

die Stelle der bisherigen Inhaber der höchsten Gewalt getreten“, doch sollten an den „Gebietsgrenzen der einzelnen deutschen Freistaaten“ keine Veränderungen erfolgen, bevor nicht die verfassungsgebende Nationalversammlung entsprechende Beschlüsse gefasst hätte.⁴⁵

Zu den Ergebnissen der Revolutionsforschung zählt die Einsicht, dass sich – zumindest in den ersten Revolutionswochen – eine Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte im Deutschen Reich für eine rasche Abhaltung von Wahlen zur Nationalversammlung einsetzte und eine parlamentarische Demokratie anstrebte. Die vielzitierte Parole „Alle Macht den Räten“ wurde dagegen allenfalls von einer Minderheit vertreten. Diese zurückhaltende Ausrichtung der meisten Räte ergab sich nicht zuletzt aus der Zusammensetzung der neugebildeten Revolutionsgremien, in denen die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) meist sehr viel zahlreicher vertreten waren als Mitglieder anderer linker Gruppierungen.⁴⁶ Dies war auch in Ostfriesland der Fall. Allerdings, und das ist das Besondere, war man hier bemüht, „möglichst viele gesellschaftliche Interessengruppen in den neuen Organen“ zusammen zu fassen.⁴⁷ Auch wenn nur wenige Informationen darüber vorliegen, aus welchen Schichten sich die Arbeiter- und Soldatenräte in Ostfriesland konkret zusammensetzten, so lässt sich doch feststellen, dass die Vertreter der Arbeiterklasse keineswegs unter sich blieben, sondern um Bürgerliche und Kaufleute erweitert wurden.

In dem Wittmunder Arbeiter- und Soldatenrat können von den insgesamt elf Mitgliedern nur fünf den Arbeitern und Gewerbetreibenden zugeordnet werden, während die übrigen sechs Sitze von drei Soldaten sowie je einem Vertreter der Bürgerschaft, der Beamtschaft und der Bauernschaft eingenommen wurden.⁴⁸ Auch in Emden, wo es eine sozialdemokratisch und gewerkschaftlich stark organisierte Arbeiterschaft gab, waren deren Vertreter im Arbeiterrat in der Minderheit, denn sieben Sitze des 13köpfigen Gremiums hatten drei Handwerker, drei Beamte und ein Großhandelskaufmann inne.⁴⁹

Ähnlich sah die Zusammensetzung des Arbeiterrates in Aurich aus. Dieser bestand aus insgesamt zehn Personen, von denen vier Vertreter den freien und ein Vertreter den christlichen Gewerkschaften zuzuordnen waren. Die zweite Hälfte des Gremiums setzte sich aus drei Vertretern der Beamtschaft sowie je einem Vertreter der Bürgerschaft und der Kaufmannschaft zusammen.⁵⁰ Nach der Konstituierung des Rates traten zudem weitere Verbände mit der Forderung auf, ebenfalls Sitz und Stimme in dem Revolutionsgremium zu erhalten. Darunter befanden sich der Zentralverband der deutschen Eisenbahner, die Lehrerschaft sowie die Handwerker- und Gewerbetreibenden in Aurich. Sämtliche Forderungen wurden vom Arbeiter- und Soldatenrat abgelehnt. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass bereits „alle Kreise der Bevölkerung im Arbeiterrat vertreten seien“. Außerdem wollte der Vorsitzende Marcus unter allen Umständen eine weitere Vergrößerung

45 Schreiben der Reichsregierung vom 23. November 1918, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 4090.

46 Vgl. R ü r u p, S. 311; Eberhard K o l b, Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19, in: Helga G r e b i n g (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/19, Berlin 2008, S. 41-67, hier: S. 53.

47 K e l l e r, S. 342.

48 Vgl. Bericht in den ON vom 24.11.1918.

49 Vgl. P l a d i e s, S. 23.

50 Vgl. R e y e r, S. 92.

des Arbeiterrates verhindern. Immerhin wurde den einzelnen Berufsgruppen jedoch freigestellt, Delegierte zu den Versammlungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu entsenden, um dort Wünsche oder Beschwerden vorbringen zu können.⁵¹

Von Arbeiter- und Soldatenräten mit einer signifikant hohen Beteiligung von Bürgerlichen, Beamten und Kaufleuten war eine revolutionäre oder gar staatsumstürzlerische Gesinnung kaum zu erwarten. Vielmehr korrespondierte die heterogene und möglichst alle Gesellschaftsschichten des Ortes umfassende Zusammensetzung der Räte mit der Zielausrichtung, die von den Revolutionsorganen verfolgt wurde.

Um einen ersten Eindruck zu erhalten, welche Ziele die ostfriesischen Arbeiter- und Soldatenräte verfolgten, bietet es sich an, die von den Räten kurz nach ihrer Gründung veröffentlichten Forderungskataloge heranzuziehen. So erließen der Arbeiter- und Soldatenrat in Emden und in Leer bereits am 8. November bzw. am 10. November 1918 nahezu identische Bekanntmachungen, in denen sie zwanzig Forderungen aufstellten.⁵² Im Vordergrund stand die Beseitigung der von vielen Soldaten empfundenen Missstände innerhalb des Militärs. So wurde nicht nur die „straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen“ gefordert, sondern auch die „Aufhebung der Grußpflicht“, die „sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte“ sowie die Erlaubnis, sich außerhalb des Dienstes unbeschränkt politisch zu betätigen. Einen zentralen Punkt stellte die „Beseitigung sämtlicher Vorrechte“ der Offiziere dar, die im „direkten Widerspruch mit dem Freiheits- und Gleichheitsprinzip“ stünden und – so die Sicht des Arbeiter- und Soldatenrates – mit dazu beitrugen, dass „die ganze Kriegspolitik so sinnlos betrieben und die Staatskarre heute so verfahren ist.“ Besonders wurden dabei die Gleichstellung bei der Verpflegung und eine „Abschaffung der Offizierskasinos“ hervorgehoben. Darüber hinaus wurde Offizieren – in Leer erfolgte der Zusatz: „und Beamte“ – nahegelegt, ohne Anspruch auf Versorgung aus ihrem Dienst auszuscheiden, wenn sie mit den Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrates nicht einverstanden waren.⁵³ Während also ein Großteil der Punkte auf eine konkrete Verbesserung der Situation der einfachen Soldaten abzielte, fielen die Forderungen im gesellschaftspolitischen Bereich eher allgemein aus. Dort ging es u.a. um den Schutz des Privateigentums, um die Aufhebung der inländischen Briefzensur sowie um die Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs (Eisenbahn, Post, Telegraphie) unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.⁵⁴

In den übrigen Punkten wurden Stellung und Kompetenzen des Arbeiter- und Soldatenrates abgehandelt. Dieser beanspruchte für sich – neben einer allgemeinen Anerkennung – die Legitimität zur Ausübung militärischer Gewalt, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Aber auch Zivilpersonen hätten Anordnungen des

51 Vgl. Zeitungsbericht in den ON vom 22.11.1918. Siehe auch: Schreiben des Zentralverbands deutscher Eisenbahner vom 14.11. und 21.11.1918, Schreiben der Lehrerschaft vom 18.11.1918, Schreiben der Handwerker- und Gewerbetreibenden vom 25.11.1918 sowie Rückantwort vom 26.11.1918, NLA AU Dep. 99, acc. 1997/013 Nr. 15.

52 Vgl. Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates Emden vom 08.11.1918, StadtA Emd V 11; Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates Leer vom 10.11.1918, veröffentlicht im Allgemeinen Anzeiger vom 13.11.1918. Ein Großteil der Forderungen wurde den Kieler 14 Punkten entnommen. Siehe dazu: Knut-Hinrik K o l l e x, Blaupause für die Revolution. Die „Kieler 14 Punkte“, in: Sonja K i n z l e r / Doris T i l l m a n n (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, S. 122-127, hier: S. 125.

53 Ebd.

54 Ebd.

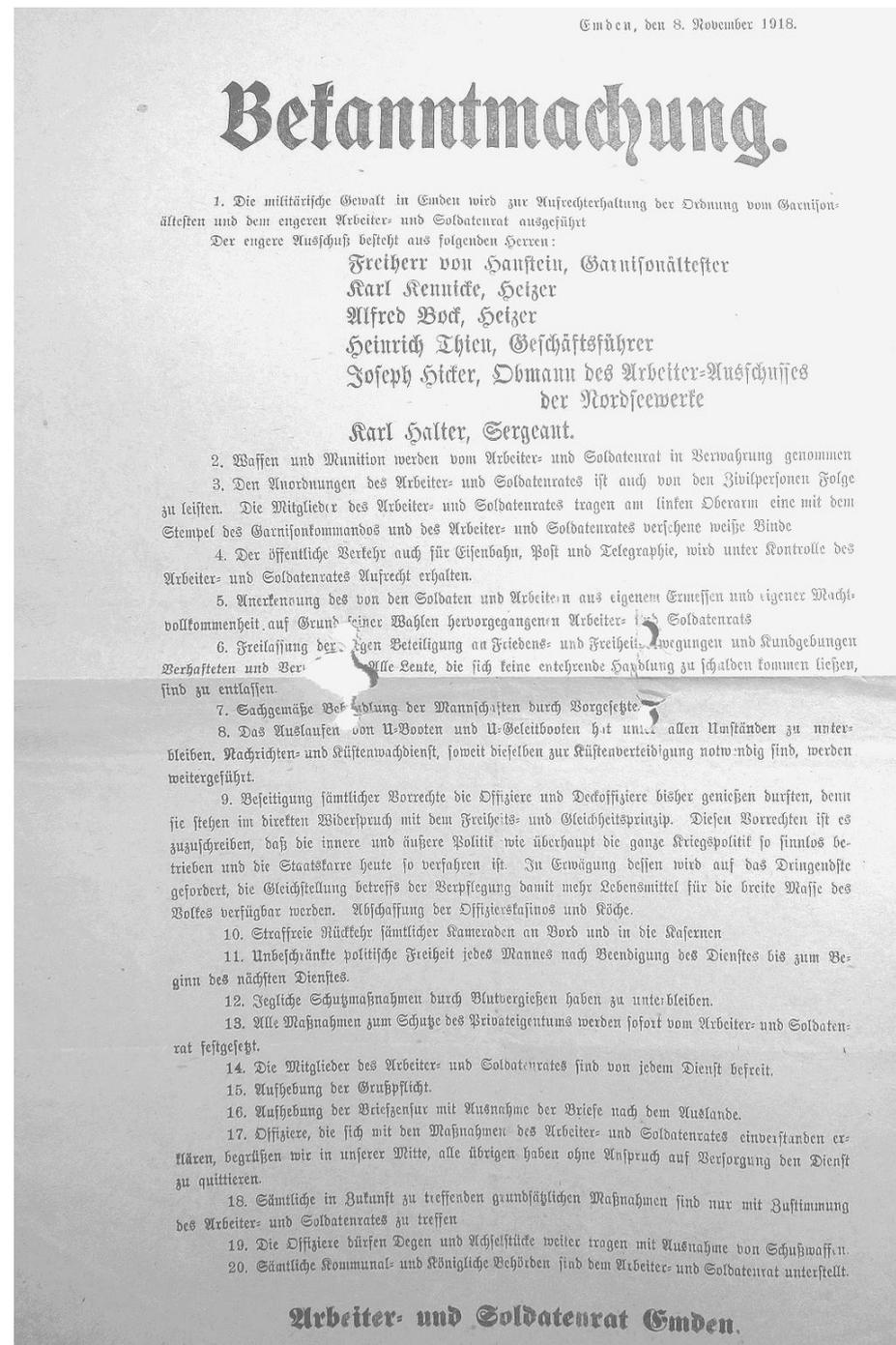


Abb. 2: Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates Emden vom 8. November 1918 (StadtA Emd V 11)

Arbeiter- und Soldatenrates Folge zu leisten, und sämtliche zukünftige Maßnahmen grundsätzlicher Art dürften nur mit seiner Zustimmung getroffen werden. Darüber hinaus wurde in der Bekanntmachung klargestellt, dass „sämtliche Kommunal- und Königliche Behörden (...) dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt“ seien.⁵⁵

In Emden erfolgte am 12. November 1918 eine weitere vom Arbeiter- und Soldatenrat Emden erlassene, aber darüber hinaus vom Bürgermeister und Landrat unterzeichnete Verordnung, die in ihren nunmehr 22 Punkten die bislang gestellten Forderungen weitgehend aufgriff und teilweise präziserte. Neu war der Passus, dass er ausdrücklich die neuentstandene Volksregierung aus MSPD und USPD anerkannte. Außerdem war nicht mehr von einer Unterstellung der kommunalen und königlichen Behörden die Rede. Vielmehr sollte die lokale Verwaltung weiterhin die Zivilgewalt ausüben, wenn auch unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.⁵⁶ Diese Formulierung findet sich auch in einer nur fünfzehn Punkte umfassenden, undatierten Verordnung, die der Arbeiter- und Soldatenrat in Aurich in Umlauf setzte.⁵⁷

Programmatische Ausführungen, die über diese Bekanntmachungen und Verordnungen hinausgingen, finden sich dagegen kaum. Eine Ausnahme bildet die Rede des Vorsitzenden des Auricher Arbeiter- und Soldatenrates, Dr. Friedrich Marcus, die er am 12. November hielt und die im vollen Wortlaut in den Ostfriesischen Nachrichten abgedruckt wurde.

Darin versuchte er den Einwohnern der Beamtenstadt Aurich zunächst die Scheu vor dem neuen Gremium und den neuen Machtverhältnissen auf lokaler Ebene zu nehmen:

„Meine Herren! Werfen Sie die alte Phillisterangst vor dem Worte Sozialismus weg. Der Sozialismus vertritt die Interessen aller derer, die ihr Leben durch ehrliche Arbeit fristen, ob wir mit den Armen, ob wir mit dem Kopf arbeiten, ob wir Kaufleute, Arbeiter, Bauern, Handwerker oder Beamte sind. In diesem Sinne sind wir auch alle Arbeiter und brauchen uns auch an dem Namen ‚Arbeiterrat‘ nicht zu stoßen.“⁵⁸

Auch wenn man die Begriffe „Soldatenrat“ und „Arbeiterrat“ von Rußland übernommen habe, würde sich niemand „solche Vorgänge wie in Rußland“ wünschen. Vielmehr sei die Revolution alternativlos gewesen, um das Blutvergießen an den Fronten zu beenden. Nun ginge es darum, dass „wir die Flut in Dämme leiten, daß sie nicht über die Ufer tritt und eine allgemeine Sintflut entsteht.“ Marcus sprach v.a. die schon längst fälligen Reformen innerhalb der Militärverwaltung an,

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Als neue Punkte kamen hinzu, dass der militärische Dienst seinen geregelten Gang gehen sollte, wie die Ausführung der Disziplinargewalt in den Truppenteilen organisiert sein sollte und dass bei Raub oder Plünderung ein Standgericht eingesetzt werden würde. Vgl. Verordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates vom 12.11.1918, abgedruckt in: Marianne Claudi / Reinhard Claudi, Goldene und andere Zeiten. Emden – Stadt in Ostfriesland, (Anlageband), Emden 1982, S. 37.

⁵⁷ Das Veröffentlichungsdatum ist leider unbekannt. Auf einem im NLA-Standort Aurich überlieferten Exemplar ist nur der handschriftliche Vermerk „30.12.18“ vorhanden. Vgl. NLA AU Rep. 246 Nr. 4. Siehe auch: Reyer, S. 100-101; Rudolf Nassua, Und alle Macht den Räten. Soldatenrat und Arbeiterrat in Aurich in den Jahren 1918/19 (Teil 2), in: Heimatkunde und Heimatgeschichte, Folge 11, November 1998, S. 43.

⁵⁸ Hier und im Folgenden: Rede des Vorsitzenden des Auricher Soldatenrates, in: ON vom 16.11.1918.

um den „Kadavergehorsam und die Rechtlosigkeit“ des einfachen Soldaten zu beseitigen. Gleichzeitig machte er keinen Hehl daraus, dass die eigentliche Macht nunmehr bei den Soldatenräten im Reich liegen würde. Dennoch handelte es sich bei Marcus' Rede nicht um einen Aufruf zum Umsturz, was von ihm als Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie auch nicht zu erwarten gewesen wäre. Vielmehr wandte er sich ausdrücklich an die konservativen und liberalen Kräfte der Stadt, um sie zu einer konstruktiven Zusammenarbeit einzuladen.

Insgesamt verstanden sich die ostfriesischen Arbeiter- und Soldatenräte gerade in der ersten revolutionären Phase nur als Institutionen des Übergangs, die bereit waren, die Macht, die sie errungen hatten, auch wieder abzugeben. Programmatisch erklärte der Vorsitzende des Auricher Arbeiter- und Soldatenrates:

„Mit einem Schlage haben wir in Deutschland die Macht an uns gerissen, ohne vorher lange zu prüfen, ob wir dazu berechtigt waren. Zu langweiligen Prüfungen war die Zeit zu ernst und zu kurz. Wir haben die Macht an uns gerissen, um sie einheitlich der Republik in die Hand zu geben. [...] Wir wollen nur die Gewalt in Händen behalten für die Zeit des Übergangs, für die Zeit der Gefahr, damit sie nicht in die Hände der Reaktion gelange. Später natürlich muß jedes Amt wieder auf den übergehen, der durch Erfahrung und Schulung dazu berufen ist.“⁵⁹

Dementsprechend lassen sich sowohl in Aurich als auch in den übrigen ostfriesischen Orten kaum umstürzlerische Ansätze oder Tendenzen aufspüren, die traditionellen Herrschaftsstrukturen radikal umzugestalten.⁶⁰ Eine Ausnahme stellte der kurzzeitige Vorstoß des Auricher Arbeiter- und Soldatenrates dar, das Bürgervorsteherkollegium aufzulösen und „Neuwahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts [...] auszuschreiben“.⁶¹ Tatsächlich blieb diese Forderung ohne weitere Folgen. Es genügte, dass der Auricher Magistrat darauf hinwies, daß „die Auflösung des jetzigen Bürgervorsteher-Kollegiums [...] nicht den bestehenden Bestimmungen“ entsprechen würde.⁶²

Auch ein ähnlicher Versuch des Arbeiterrates auf Borkum, die Auflösung und Neuwahl des dortigen Gemeindeausschusses zu erreichen, scheiterte bereits im Ansatz, nachdem auf eine Anordnung der Preußischen Regierung verwiesen wurde, dass vorerst keine Ergänzungs- und Ersatzwahlen zu den Gemeindevertretungen stattfinden dürften, geschweige denn eine Neuwahl. Daraufhin beharrte der Arbeiterrat nicht weiter auf seinem Vorhaben.⁶³ Fast mit einer gewissen Scha-

59 Ebd. Siehe auch: Heinrich Schmidt, S. 463. Damit stand das MSPD-Mitglied Marcus in einer Phalanx mit führenden Politikern der Mehrheitssozialdemokratie. Phillip Scheidemann erklärte am 28. November 1918 in einer Vollversammlung der Berliner Soldatenräte: „Die Arbeiter- und Soldatenräte sind ein Provisorium, das absolut notwendig ist, das geschaffen werden mußte, als das alte System zusammenbrach, das morscher war als wir annahmen. Dieses Provisorium muß beibehalten werden, bis die Nationalversammlung da ist.“ Zitiert nach: Ulrich, Revolution von 1918/19, S. 44.

60 Vgl. auch die Einschätzungen von Heinrich Schmidt, S. 463 und 465; Reyer, S. 100; Pladies, S. 35; Lüpke-Müller, S. 13.

61 Bericht in den ON vom 22.11.1918.

62 Schreiben des Magistrats der Stadt Aurich vom 22.11.1918, NLA Dep. 99, acc. 1997/013 Nr. 15. Damit war wohl der Erlass der Preußischen Regierung vom 13. November 1918 gemeint, in dem verfügt wurde, dass eine Auflösung der Stadtverordnetenversammlungen „den grundlegenden Erlassen der neuen Zentralregierung“ widerspreche. Telegramm der Preußischen Regierung vom 13.11.1918, StadtA Emden V 9.

63 Vgl. Anordnung der Preußischen Regierung betreffend Ergänzungs- und Ersatzwahlen zu den

denfreude resümierte der Borkumer Gemeindevorsteher, der Arbeiterrat habe inzwischen erkannt, dass es mit der „muffigen Luft in der Gemeindeverwaltung [...] gar nicht so schlimm sei und es bedeutend leichter ist zu kritisieren als bestehende Einrichtungen und Anordnungen zu verbessern.“⁶⁴

Im Wesentlichen konzentrierten sich die ostfriesischen Arbeiter- und Soldatenräte bei ihren Maßnahmen auf naheliegende Ziele: die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die Sicherstellung der Versorgung mit Lebensmitteln sowie die Demobilisierung der aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten.⁶⁵ So wurden in Aurich, Borkum, Emden und Leer bewaffnete Sicherheitswehren unter der Kontrolle der zuständigen Arbeiter- und Soldatenräte eingerichtet, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Im Falle Emdens wurde die Polizei sogar als ausführendes Organ dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt.⁶⁶

In der Ernährungsfrage richteten die Revolutionsorgane ihr Hauptaugenmerk darauf, sowohl bei den Bauern als auch bei den Händlern die Viehbestände und Lebensmittelvorräte zu kontrollieren und den Schleichhandel energisch zu bekämpfen. So konnte der Arbeiter- und Soldatenrat Aurich zwischen November 1918 und Januar 1919 insgesamt 480 Pfund Butter, 45 Pfund Fett, 200 Pfund Speck, 235 Pfund Schweinefleisch, 160 Pfund Rindfleisch, 535 Pfund Hülsenfrüchte sowie 250 Liter Milch beschlagnahmen.⁶⁷ Nicht weniger erfolgreich erwies sich die Erfolgsbilanz des Emdener Revolutionsorgans, das bis zu seiner Auflösung über 110.000 Kilogramm Lebensmittel sowie knapp 140 Lebewesen konfiszierte.⁶⁸ In Leer ergaben sich aus dem rigorosen Vorgehen des Arbeiter- und Soldatenrates massive Konflikte mit den inzwischen formierten Bauern- und Landarbeiterräten, die sich eine Einmischung in ihren Zuständigkeitsbereich – die eigenständige Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion – verboten und vehement die Absetzung des Sicherheitschefs des Arbeiter- und Soldatenrates forderten.⁶⁹

Schließlich sahen sich die Arbeiter- und Soldatenräte auch in der Pflicht, den aus dem Dienst entlassenen Soldaten und Matrosen einen möglichst reibungslosen Übergang ins Zivilleben zu ermöglichen. So richtete der Soldatenrat in Leer eine sogenannten Versprengten-Sammelstelle ein, die innerhalb von vier Monaten für bis zu 5.000 durchreisenden Soldaten Notquartiere organisierte.⁷⁰

Gemeindevertretungen vom 18. November 1918, in: Preußische Gesetzsammlung, Nr. 35, Jg. 1918, S. 42. Siehe auch: Kolb, Arbeiterräte, S. 267.

64 Schreiben des Gemeindevorstands des Nordseebades Borkum vom 09.12.1918, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 1409.

65 Siehe im Folgenden v.a. Nassua, Macht den Räten, S. 107-113 (Emden), 129-130 (Borkum), 137-138 (Leer) und 163-167 (Aurich). Vgl. auch: Kolb, Arbeiterräte, S. 85.

66 Vgl. Aktenvermerk des Bürgermeisters Mützelburg vom 09.11.1918, StadtA Emden V 9. Zum Themengebiet Ruhe und Ordnung siehe auch: Keller, S. 335-350.

67 Vgl. Nassua, Macht den Räten, S. 167.

68 Vgl. Claudi, S. 196. Siehe dazu: Denkschrift über die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates Emden vom 08.04.1919, NLA AU Rep. 22 Nr. 715.

69 Vgl. Fiks, S. 55-56. Siehe auch: Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrates, in: Allgemeiner Anzeiger vom 13.02.1919. Allgemein zu den Land- und Bauernräten siehe: Heinrich Muth, Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 21, 1973, Heft 1, S. 1-38.

70 Vgl. ebd., S. 34.

Bei diesen drei Aufgabenbereichen standen die Arbeiter- und Soldatenräte in einer Linie mit den Zielen der traditionellen Funktionselite in den Verwaltungsbehörden, so dass sich eine Kooperation anbot.⁷¹ Bereits nach wenigen Tagen und Wochen schienen die Revolutionsorgane aus dem lokalen Politik- und Verwaltungsgeflecht nicht mehr wegzudenken zu sein.

Kontrollaufgaben und Finanzierung der Arbeiter- und Soldatenräte

Die ostfriesischen Arbeiter- und Soldatenräte strebten nicht an, die traditionellen Verwaltungsstrukturen auf kommunaler Ebene zu ersetzen oder gar zu zerstören. Folgerichtig finden sich schon bald Bekanntmachungen in den Zeitungen, dass sich sowohl die Zivilbevölkerung als auch Militärangehörige „in allen Angelegenheiten genau wie vor der Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates an die zuständigen Behörden, Kommandos oder Dienststellen“ wenden sollten und nicht direkt an die Arbeiter- und Soldatenräte.⁷²

Tatsächlich waren die Arbeiter- und Soldatenräte im lokalen Machtgefüge eher zu einer zurückhaltenden Position gezwungen, da sie personell kaum in der Lage waren, die Aufgaben der bisher agierenden Behörden und Institutionen zu übernehmen. Ihre Mitglieder besaßen in der Regel keine verwaltungstechnische Erfahrung und waren nicht im Stande, ad hoc hoheitsrechtliche Aufgaben zu übernehmen.⁷³ An den „Eliten des gerade gestürzten Systems“ kam man nicht vorbei,⁷⁴ insbesondere nicht angesichts der dramatischen Lage im November 1918, mit einer katastrophalen Versorgungssituation nach vier Jahren Krieg.⁷⁵

Umgekehrt war man aber auch auf Reichsebene davon überzeugt, angesichts der drängenden Probleme auf den „Sachverstand der Experten“ nicht verzichten zu können.⁷⁶ Sowohl die nach dem Umsturz gebildete Reichsregierung als auch die preußische Regierung griffen bewusst auf die bisherige Funktionselite zurück,

71 Ausdrücklich formuliert der Auricher Landrat Dyckerhoff in einer Gemeindevorsteherversammlung am 16. November: „Es seien uns jetzt drei gewaltige Aufgaben gestellt: Die Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes und die Durchführung der Demobilisierung.“ Gemeinde-Vorsteher-Versammlung, in: ON vom 19.11.1918. Siehe auch: R e y e r, S. 94.

72 Bekanntmachung, in: OZ vom 26.11.1918, zitiert nach: J a n s s e n, S. 54. Siehe auch: Bekanntmachung des Landrates Aurich und des Arbeiter- und Soldatenrates vom 18.12.1918, Dep. 99, acc. 1997/013 Nr. 15.

73 Vgl. R o l f U p h o f f, Brot, Frieden, Ruhe – Demokratie? 1918: Novemberrevolution in Ostfriesland, in: Ostfriesland-Magazin 11, 1998, S. 81-85, hier: S. 85.

74 K e l l e r, S. 336. In diesem Zusammenhang erzählt der ehemalige Bürgermeister Norderneys, Jann Berghaus, in seinen Lebenserinnerungen, wie ein Beauftragter des Arbeiter- und Soldatenrates bei ihm erschien, um seine Arbeit zu kontrollieren. Als erstes übergab er ihm eine Mappe „mit den ärztlichen Bescheinigungen über Notwendigkeit von Lebensmittelzulagen, die ich zu überprüfen und dann dem Kreisarzt zur endgültigen Genehmigung einzureichen hatte. Die Ärzte schreiben nicht alle eine leicht leserliche Handschrift, und ihre Fachausdrucksweise bleibt Laien völlig unverständlich. Mein guter Jann und Mitarbeiter saß vor diesen Rätseln und studierte den ganzen Vormittag an diesen Mysterien, und weiter ist er nicht gekommen.“ Siever Johanna Meyer-A b i c h (Hrsg.), Jann Berghaus erzählt. Lebenserinnerungen von Jann Berghaus, Aurich 1967, S. 243.

75 Vgl. W e i p e r t, Zweite Revolution, S. 11.

76 U l l r i c h, Die Revolution von 1918/19, S. 51.

weil „keinerlei organisatorische und personelle Vorbereitungen zur Neubesetzung des Staatsapparates getroffen“ worden waren.⁷⁷

Daher zählte es zu den ersten Maßnahmen der neuen aus MSPD und USPD gebildeten Reichsregierung, sogleich am 11. November 1918 telegrafisch sämtliche Verwaltungsbehörden und Verwaltungsbeamten aufzufordern, „ihre Dienstgeschäfte im dringenden Interesse des Vaterlandes unter Anspannung aller Kräfte weiterzuführen.“⁷⁸ Der Oberpräsident der Provinz Hannover unterstützte in einem Erlass an sämtliche Regierungspräsidenten noch am gleichen Tag diesen Vorstoß:

„Die Ereignisse der letzten Zeit erfordern nach meiner Auffassung von den Staatsbeamten, daß sie im Interesse des Vaterlandes in ihren Stellungen verbleiben und mit vollster Hingabe ihre unter den jetzigen Verhältnissen doppelt schweren Amtspflichten erfüllen, insbesondere ihrerseits alles tun, um die öffentliche Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu sichern. Nur so kann unser Vaterland vor dem völligen Zusammenbruch und der Anarchie bewahrt bleiben. Wie ich selbst zum Ausharren auf meinem Posten bereit bin, erwarte ich auch von den Beamten der staatlichen Verwaltungen das Gleiche.“⁷⁹

Kaum hatte sich am 12. November auch eine preußische Übergangsregierung formiert, die sich – ähnlich wie der Rat der Volksbeauftragten – paritätisch aus Mitgliedern der MSPD und USPD zusammensetzte,⁸⁰ erließ diese ebenfalls eine Bekanntmachung, in der die preußischen Behörden und Beamten nicht nur aufgefordert wurden, „ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen“, sondern ihnen im Gegenzug auch die Wahrung ihrer gesetzlichen Ansprüche, d.h. sämtlicher Gehalts- und Pensionsansprüche, ungekürzt versprochen wurde.⁸¹

Mit den Arbeiter- und Soldatenräten befasste sich die Preußische Regierung auf dem Verordnungswege erst am 13. November 1918. In einem telegrafisch übermittelten Erlass wurden diese erstmals offiziell anerkannt und deren Vertretern das Recht zugestanden, den Verwaltungsbehörden als „Kontrollinstanz [...] zur Seite zu treten“ und „bei allen wichtigeren Verhandlungen“ hinzugezogen zu werden. Etwas blauäugig hieß es weiter: „Die Form dieser Zuziehung wird sich vom Standpunkte gegenseitiger loyaler Unterstützung im einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Ziel unbedingter Fernhaltung jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge behalten wird.“⁸²

Dass die Situation nicht gar so simpel war, belegen zwei nachfolgende Telegramme vom gleichen Tag. Darin wurde auf die Entwicklung in einer Reihe von Stadtgemeinden reagiert, in denen die Stadtverordnetenversammlungen aufgehoben und durch Revolutionsorgane ersetzt worden waren. Ähnliche Versuche waren – wie oben beschrieben – in Aurich und Borkum schon im Ansatz gescheitert. Um den „ruhigen Fortgang der Volksernährung, der Unterstützung

77 K o l b, Arbeiterräte, S. 100.

78 Telegramm vom 11.11.1918, StadtA Emden V 8.

79 Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Hannover vom 11.11.1918, StadtA Emden V8.

80 Vgl. N i e s s, S. 173; K ä p p n e r, S. 237.

81 Vgl. Bekanntmachung der Preußischen Regierung vom 12.11.1918, in: Preußische Gesetzsammlung, Nr. 38, Jg. 1918, S. 187. Siehe auch: Helga G r e b i n g, Konservative Republik oder soziale Demokratie. Zur Bewertung der Novemberrevolution in der neueren westdeutschen Historiographie, in: D i e s. (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/19, Berlin 2008, S. 15-39, hier: S. 22.

82 Telegramm der preußischen Regierung vom 13.11.1918, StadtA Emd V 9.

bedürftiger Familien, der Krankenfürsorge und aller sonstigen kommunalen Aufgaben“ zu gewährleisten verordnete die preußische Regierung, dass „die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen“ bleiben solle.⁸³ Und schließlich erfolgte noch ein weiterer Erlass des Innen- und des Finanzministeriums, in dem ausdrücklich geregelt wurde, dass die Arbeiter- und Soldatenräte im „Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft“ keinen eigenständigen Zugriff auf die staatliche oder kommunale Kassenverwaltung erhalten dürften.⁸⁴

Aus diesen frühen Erlassen ergab sich für die Arbeiter- und Soldatenräte in Ostfriesland die Situation, dass sie mit der etablierten Behördenstruktur und den traditionellen Verwaltungskräften, die sowohl auf staatlicher als auch kommunaler Ebene mit dem notwendigen administrativen Fachwissen aufwarten konnten, kooperieren mussten.⁸⁵ Mit nur vergleichsweise wenig Personal vor Ort versuchten die Räte in den folgenden Wochen, das Verwaltungshandeln in den einzelnen Städten, aber auch auf Kreisebene zu beobachten und zu kontrollieren.⁸⁶

Bereits am 16. November 1918 wurde auch die Frage der Finanzierung und Kostendeckung der Arbeiter- und Soldatenräte grundsätzlich geregelt. Danach erhielten die Mitglieder der Räte eine angemessene Entschädigung, wobei prinzipiell der entgangene Arbeitsverdienst und eine entsprechende Aufwandsentschädigung als Grundlage dienen sollten. Die entstehenden Kosten sollten jeweils von der Stelle übernommen werden, bei der der Arbeiter- und Soldatenrat seine Tätigkeit ausübte, d.h. bei Kommunalbehörden waren die Räte von den Gemeinden zu bezahlen, bei staatlichen Behörden vom Staat. Dies hatte zur Folge, dass für die Kontrolle der Landratsämter, die sowohl kommunale als auch staatliche Aufgaben erfüllten, eine komplizierte Finanzierungsaufteilung notwendig wurde. So schlug der Landrat in Aurich im Januar 1919 vor, dass 12,5 % der Kosten für den Arbeiter- und Soldatenrat ausschließlich auf die Stadt entfallen sollten, die jedoch von den übrigen 87,5 % nochmals 7/16 übernehmen sollte.⁸⁷

Einschränkend wies der Erlass noch darauf hin, dass „bei dem Ernst der Zeit mögliche Sparsamkeit geboten“ sei und somit die Zahl der Ratsmitglieder möglichst beschränkt bleiben sollte.⁸⁸

Auch der Regierungspräsident in Aurich wies in einem Rundschreiben kurz vor Weihnachten 1918 auf die zu beachtende Sparsamkeit bei den Ausgaben für die Arbeiter- und Soldatenräte hin. Insbesondere unangemessene Forderungen der Revolutionsorgane mussten sogleich zurückgewiesen werden und selbst die

83 Telegramm der preußischen Regierung vom 13.11.1918, StadtA Emd V 9.

84 Telegramm der Beauftragten des Ministeriums des Inneren und des Finanzministeriums vom 13.11.1918, StadtA Emd V 9.

85 Keller spricht von einer „vernunftpolitische(n) Zweckkoalition zwischen alten und neuen Kräften“. Vgl. Keller, S. 336.

86 Im Monat November 1918 wurden in Aurich 15 Räte gezählt, in Emden 26, in Leer und Weener je 6 und in Norden 7. Vgl. Nachweisung der bis zum Schlusse des Monats November 1918 entstandenen Kosten der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, ursprünglich vom Landrat Aurich am 04.01.1919 abgeschickt, mit handschriftlichen Nachtragungen für die übrigen Arbeiter- und Soldatenräte, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561.

87 Vgl. Schreiben des Landrats vom 24.01.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561.

88 Bekanntmachung der Preußischen Regierung betreffend Entschädigung der Mitglieder der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte vom 16.11.1918, aus: Preußische Gesetzsammlung, Nr. 38, Jg.1918, S. 191-192, hier: S. 192. Vgl. Kolb, Arbeiterräte, S. 264.

„Drohung mit Gewalt“ dürfe „die Behörden nicht zur Aufgabe ihres pflichtgemäßen Standpunktes veranlassen.“⁸⁹

Hintergrund dieses Hinweises war ein Vorfall auf Borkum wenige Wochen zuvor. Dort hatte im Dezember 1918 ein Mitglied des Borkumer Arbeiterrates von dem Gemeindevorsteher Kievit die Auszahlung von 500.- Mark verlangt, um eine zweiköpfige Deputation nach Berlin zu entsenden, die sich dort im Interesse der Inselbewohner für eine bessere Lebensmittelversorgung einsetzen wollte. Als der Beamte darauf hinwies, derart hohe Geldbeträge müssten vom Gemeindeausschuss genehmigt werden, schaltete sich der Vorsitzende des Soldatenrates ein und erschien „in Begleitung von zwei bewaffneten Soldaten“ in der Wohnung des Gemeindevorstehers, um diesen mit Nachdruck zur Auszahlung der Gelder zu bewegen.⁹⁰

Die Bedeutung der Finanzierungsfrage sollte nicht unterschätzt werden, weil den Kommunen durchaus erhebliche Kosten entstehen konnten. Gerade der Arbeiter- und Soldatenrat in Emden galt als sehr kostspielig. Nicht nur residierten die Räte in eigens angemieteten Räumen des Central-Hotels, während sich die übrigen ostfriesischen Arbeiter- und Soldatenräte in der Regel mit Diensträumen in den Behörden begnügten, sondern der Emdener Rat hatte seinen Mitgliedern auch eine vergleichsweise hohe Vergütung zuerkannt. Während z.B. für die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrate in Leer 15 Mark pro Tag vorgesehen

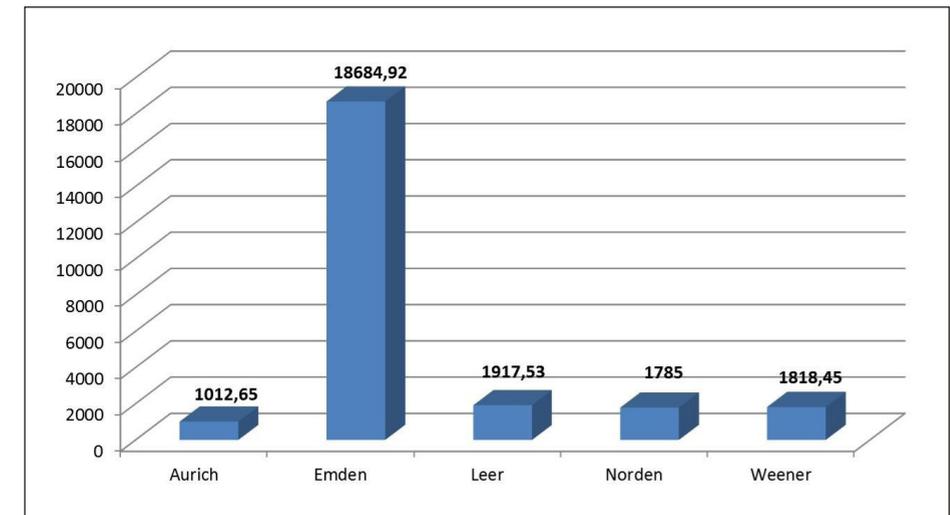


Abb. 3: Kosten der Arbeiter- und Soldatenräte in Ostfriesland (Nachweisung der bis zum Schlusse des Monats November 1918 entstandenen Kosten der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, ursprünglich vom Landrat Aurich am 04.01.1919 abgeschickt, mit handschriftlichen Nachtragungen für die übrigen Arbeiter- und Soldatenräte, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561.)

89 Schreiben des Regierungspräsidenten Aurich vom 23. Dezember 1919, NLA Rep. 22 Nr. 715.

90 Vgl. Schreiben des Gemeindevorstands des Nordseebades Borkum vom 11.12.1918, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561. Siehe auch: N a s u a, Macht den Räten, S. 131.

waren, waren es in Emden 20 Mark. Bei Verheirateten kam noch eine zusätzliche Teuerungszulage von 5 Mark hinzu.⁹¹ Damit entsprachen die Emdener Tagegelder einem Monatslohn zwischen 550 und 700 Mark und waren den Bezügen eines Oberstadtsekretärs vergleichbar. Die meisten städtischen Angestellten erhielten dagegen nur ein monatliches Gehalt zwischen 150 und 200 Mark.⁹²

Eine erste Kostenübersicht der ostfriesischen Arbeiter- und Soldatenräte im November 1918 zeigt die vergleichsweise hohen Ausgaben, die in Emden anfielen.

Laut einer Abrechnung des Arbeiter- und Soldatenrates Emden wurden bis zum 9. Februar 1919 über 110.000 Mark ausgegeben,⁹³ während im Vergleichszeitraum (bis Ende Januar) beim Arbeiter- und Soldatenrat Leer nicht einmal 7.000 Mark verausgabt wurden.⁹⁴ Den größten Posten nahmen dabei mit über 83.500 Mark die Tagegelder für die Emdener Arbeiter- und Soldatenräte ein, gefolgt von den Reisekosten- und Reiseauslagen (ca. 5.900 Mark) und den Verwaltungskosten (ca. 20.600 Mark).⁹⁵

Darüber hinaus nahmen Vertreter des Emdener Arbeiter- und Soldatenrates Ende Dezember 1918 Verhandlungen mit dem Finanzministerium in Berlin auf, um – allerdings vergeblich – einen Fonds über 4 Millionen Reichsmark zu erhalten. Damit sollten, so die Begründung, „unter Einrichtung eines besonderen Rechnungsamtes die Bedürfnisse der A.u.S. Räte im Bezirke Ost-Friesland (Reg. Bez. Aurich) einschl. der Durchführung des Sicherheitswesens“ finanziert werden.⁹⁶ Offensichtlich plante der Emdener Arbeiter- und Soldatenrat, sein Einflussgebiet nicht nur auf Emden und den Landkreis zu beschränken, sondern sich als „eine Art Zentralrat für Ostfriesland“ zu etablieren.⁹⁷

Auf Grund der frühen Erlasse der preußischen Regierung waren die Arbeiter- und Soldatenräte nicht nur als „Kontrollorgane der Verwaltung anerkannt“ worden, sondern auch ihre Finanzierung war prinzipiell sichergestellt. Gleichzeitig wurde jedoch „jede über die Kontrolle hinausgehende Übernahme von Funktionen“ abgewehrt.⁹⁸ Letztlich blieb die Ausformulierung der Aufgaben und Rechte der Arbeiter- und Soldatenräte so „vage umschrieben, daß Konflikte zwischen Räten und Verwaltungsinstanzen nahezu unvermeidlich waren.“⁹⁹

91 Vgl. Auszug aus dem Protokoll der Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrates Leer vom 29. November 1918, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561; *Pladies*, S. 87.

92 Vgl. *Pladies*, S. 87.

93 Vgl. Abrechnung des Arbeiter- und Soldatenrates Emden für die Zeit bis zum 9. Februar 1919, NLA AU Rep. 22 Nr. 715.

94 Kosten errechnet nach den monatlichen Abrechnungen des Arbeiter- und Soldatenrates Leer, StadtA Leer Nr. 1176.

95 Allein die Miete und Unterhaltung der Geschäftsräume im Central-Hotel schlug mit über 7.700 Mark zu Buche. Vgl. Abrechnung des Arbeiter- und Soldatenrates Emden für die Zeit bis zum 9. Februar 1919, NLA AU Rep. 22 Nr. 715.

96 Vermerk über Verhandlungen im Finanzministerium vom 29.12.1918, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561.

97 Vgl. Schreiben des Kommunalverbands des Stadt- und Landkreises Emden vom 16.04.1919, NLA AU Rep. 22 Nr. 715. Siehe auch die Einschätzung des Regierungspräsidenten in seinem Schreiben vom 22.02.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561. Vgl. *Pladies*, S. 86.

98 *Koib*, Arbeiterräte, S. 263.

99 *Koib*, Rätewirklichkeit, S. 52.

Lokale Konflikte und Maßnahmen zur Einschränkung der Handlungsspielräume

Insbesondere für „monarchistische, nationale, konservative und bürgerliche Kreise“ musste der 9. November wie ein Schockerlebnis gewirkt haben, so dass an ein „offenes Aufbegehren“ oder gar an Widerstand nicht zu denken war. Eine „resignative Stimmung“ breitete sich in den „ehemals herrschenden Schichten des Kaiserreichs“ aus, geprägt „durch eine starke Unsicherheit gegenüber den neuen Machthabern und ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber ihren Anordnungen und Wünschen.“¹⁰⁰ Es gehört zu den Paradoxien der Geschichte, dass gerade die Arbeiter- und Soldatenräte, die als offenkundiges Sinnbild des Staatsumsturzes und des Machtverlustes angesehen wurden, letztlich das Bollwerk darstellten, das eine weitere Radikalisierung vermied, und unter dessen Schutz „die in den ersten Revolutionswochen einigermaßen sprachlose bürgerliche Mehrheit der Bevölkerung Atem holen konnte“.¹⁰¹

Das offensichtliche Ohnmachtsgefühl, das sich innerhalb des Bürgertums verbreitet hatte, währte letztlich nur wenige Tage. Bereits die ersten Maßnahmen der preußischen Regierung, die alten Beamteneliten auf ihren Posten zu behalten und an den traditionellen Strukturen und Hierarchien festzuhalten, halfen dabei, den Schock zu überwinden und wieder Tatkraft zu entwickeln. Auch in Ostfriesland war man erstaunlich schnell bereit, die neugeschaffenen Arbeiter- und Soldatenräte als neue Tatsache hinzunehmen, mit denen man zukünftig „rechnen mußte“.¹⁰²

In einer Phase, in der offensichtlich eine konterrevolutionäre Aktion noch für möglich gehalten wurde, suchte der Reichstagsabgeordnete Dr. Davidsohn am 12. November 1918 mit den in Emden stationierten Offizieren des Heeres und der Marine das Gespräch. Konkret sprach er die Militärs auf den Verdacht an, es seien unter den Offizieren „Gegenströmungen vorhanden, die darauf abzielten, den Arbeiter- und Soldatenräten Schwierigkeiten in den Weg zu legen oder sie gar zu bekämpfen.“¹⁰³ Die Offiziere „gaben unumwunden zu“,¹⁰⁴ dass sie „mit der neuen Ordnung der Dinge innerlich nicht einverstanden“ seien, jedoch bereit wären, im Interesse des Vaterlandes zu kooperieren.¹⁰⁵

Einer der ersten, der sich in Ostfriesland aus der Deckung wagte und gegen die neuen Revolutionsorgane opponierte, war der konservative Fürst zu Knypshausen. In Lütetsburg verfasste er am 20. November 1918 ein Schreiben, in dem er als Mitglied des Kreistages und des Kreisausschusses Einspruch gegen die Anweisung der „sozialdemokratische(n) preußische(n) Regierung“ erhob, dass die Kosten für die Arbeiter- und Soldatenräte anteilig auch auf kommunale Fonds zu übernehmen seien. Als Begründung führte er aus: „Ich bestreite der genannten Regierung das Recht dazu, über unsere kommunalen Mittel in dieser Weise zu verfügen, da diese Regierung solange nicht den geringsten Rechtsboden unter

100 Zitatstücke aus *Niess*, S. 134 sowie *Koib*, Arbeiterräte, S. 274-275.

101 *Heinrich Schmidt*, S. 465.

102 *Pladies*, S. 6.

103 Bericht des Dr. Davidsohn vom 12.11.1918, StadtA Emden V 9.

104 *Aiko Schmidt*, S. 32.

105 Bericht des Dr. Davidsohn vom 12.11.1918, StadtA Emden V 9. Vgl. *Claudi*, S. 195; *Pladies*, S. 20-21; *Janssen*, S. 31-32.

den Füßen hat, solange sie nicht von dem gesamten wahlberechtigten preussischen Volk eingesetzt ist.“ Aus seiner Sicht hatte zunächst der Kreistag darüber zu entscheiden, „ob und in welcher anteiligen Höhe“ er bereit wäre, die Kosten für den Arbeiter- und Soldatenrat zu übernehmen.¹⁰⁶ Rolf Uphoff interpretierte das Schreiben als „Schlüsseldokument“, das nicht nur die „Legalität der Räte“ bestritt, sondern implizit auch der durch die Revolution neuentstandenen preußischen Regierung die Anerkennung verweigerte.¹⁰⁷

Tatsächlich währte die „Hilf- und Sprachlosigkeit“ des Bürgertums nicht lange.¹⁰⁸ Mit erstaunlicher „Anpassungsfähigkeit“ ging das Bürgertum dazu über, „die proletarische Organisationsform der Räte“ zu adaptieren. Der politische Gegner sollte „mit den eigenen Waffen“ geschlagen werden, so dass sich die neugegründeten Bürgerräte sowohl „gegen die Monopolansprüche der Arbeiter- und Soldatenräte wie gegen ein Weitertreiben der Revolution“ richteten.¹⁰⁹ Dabei läßt sich die These von Wilfried Reininghaus, Bürgerräte hätten sich nur dort gebildet, wo sich die Arbeiterräte gegenüber dem Bürgertum abgeschottet hätten, um „ein Gegengewicht zur proletarischen Räteorganisation“ zu etablieren,¹¹⁰ für Ostfriesland weitgehend bestätigen. Zwar wurden in den größeren Orten schon sehr bald Bürgerversammlungen abgehalten, doch entstanden daraus keine eigenständigen Bürgerräte, selbst wenn diese als Ziel angestrebt wurden.

Der größte Bedarf für einen Bürgerrat wurde offensichtlich in Emden gesehen, wo für den 14. November 1918 – mit Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrates – zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen wurde, in der es um die Gründung eines Bürgerausschusses ging. Obwohl das bürgerliche Lager sowohl im Emdener Bürgervorsteherkollegium als auch im Magistrat ausreichend vertreten war, wurde es vom Bürgertum anscheinend als „mißliebig empfunden, daß es diesem Zeitgeschehen vollkommen machtlos beiseite steht.“¹¹¹ Allerdings ging aus der Versammlung – anders als Sigrid Pladies behauptete – kein Bürgerausschuss hervor, sondern dies verzögerte sich bis zum 6. Juni 1919.¹¹² Möglicherweise hing es damit zusammen, dass ein Ziel der Versammlung gewesen war, Delegierte für den Emdener Arbeiter- und Soldatenrat zu bestimmen, jedoch zwei Tage zuvor die Bekanntmachung für die Wahlen zur Hauptdelegiertenversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates erfolgt war, an der sich auch bürgerliche Gruppierungen beteiligen konnten.¹¹³ Gleichwohl erfolgte am 25. November 1918 in Emden die Gründung einer allgemeinen Beamtenvereinigung, in der sich sämtliche Staats- und Gemeindebeamten zusammenfinden sollten, um ihre bisherigen Rechte zu sichern, aber auch ihren kommunal- und staatspolitischen Einfluss zu erweitern. Nur wenige Tage später schlossen sich auch die in Kontoren, Banken, Läden und Betrieben beschäftigten Privatangestellten zur Wahrung ihrer Standesinteressen in einer eigenen Vereinigung zusammen.¹¹⁴

106 Schreiben des Fürsten zu Knyphausen vom 20.11.1918, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561.

107 Vgl. Uphoff, Brot, S. 85.

108 Vgl. Haddinga, S. 48.

109 Zitatstücke aus Ullrich, Die Revolution von 1918/19, S.41.

110 Reininghaus, S. 95.

111 Bericht in der Rhein-Ems-Zeitung vom 13.11.1918, zitiert nach: Aiko Schmidt, S. 39.

112 Vgl. Aiko Schmidt, S. 40; Pladies, S. 97.

113 Vgl. ebd., S. 33 und 40.

114 Vgl. Einladung an Bürgermeister Mützelburg vom 21.11.1918, StadtA Emden V 8. Siehe auch: Pladies, S. 98.

Dagegen gründete sich in Norden am 16. November 1918 tatsächlich ein Bürgerrat. Er sah es als Pflicht des Bürgertums an, während der „schweren inneren Umwälzungen im Vaterlande [...] nicht tatenlos“ zu bleiben, sondern „in enger Fühlung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten die Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen durchzusetzen und tatkräftig an der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuarbeiten.“¹¹⁵ Die versammelten Honoratioren der Stadt Norden und des Landkreises favorisierten die Bildung von gemeinsam besetzten Kommissionen und etablierten dabei eine Zusammenarbeit, wie sie der Minister des Innern erst einige Tage später, am 27. November 1918, als geeignete Kooperationsmöglichkeit für die kommunale Verwaltung vorschlagen sollte.¹¹⁶ Die Vereinnahmungstaktik glückte in Norden. Am 22. November etablierten sich gemeinsam besetzte Kommissionen für verschiedene Sachgebietsthemen, wobei der Bürgerrat in allen Gremien die Mehrheit besaß. Vermutlich hatte der Arbeiter- und Soldatenrat – im Gegensatz zu den bürgerlichen Vertretern – Probleme damit, die Kommissionen „mit erfahrenen und fachlich kompetenten Persönlichkeiten zu besetzen“.¹¹⁷

Rudolf Nassua attestierte rückblickend, dass die Zusammenarbeit des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Bürgerrat „bei der Lösung der vielfältigen Probleme“ nicht nur „fruchtbar“, sondern dass die Kooperation „in dieser Form in der damaligen Zeit ungewöhnlich“ war.¹¹⁸

Auch in Leer kam am 16. November 1918 eine stark besuchte Bürgerversammlung zu Stande, in der jedoch zunächst kein eigenständiges bürgerlich besetztes Gremium gegründet werden sollte. Vielmehr ging es vor allem darum, vier Vertreter der Bürgerschaft zu wählen, die in den großen Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates entsandt werden sollten.¹¹⁹ Doch nur mit einer Vertretung im Arbeiter- und Soldatenrat gab sich das Bürgertum in Leer nicht zufrieden. Am 22. November 1918, gründete sich der „Verein zur Wahrung der Interessen der Bürger und Bauern“, aus dem wenig später der „Bürgerbund“ bzw. der „Volksbund der Bürger und Bauern“ hervorging. Nach Norbert Fiks verstand sich die Gruppierung als „ein Sammelbecken der bürgerlichen Kräfte und ein Gegengewicht zum sozialdemokratisch geführten ASR, ohne aber dessen Legitimität als Vertretung der Arbeiterschaft anzuzweifeln.“¹²⁰

Abgesehen von einer Versammlung aller mittleren und unteren Beamten und der Lehrer aus Aurich und Umgebung am 17. November 1918, die von den Beamtenvertretern des Arbeiterrates organisiert worden war und in der – neben der Forderung nach Sitz und Stimme im Arbeiter- und Soldatenrat – vor allem Berufsinteressen im Vordergrund standen,¹²¹ läßt sich für Aurich nur noch ein Aufruf zu einer öffentlichen Versammlung am 30. November 1918 ermitteln, die sich an alle bürgerlich gesinnten Männer und Frauen richtete. Ziel der Veranstaltung war es,

115 Zitiert nach: Haddinga, S. 49.

116 In seinem Schreiben ging es um „die Bildung gemischter Deputationen unter Beteiligung stimmfähiger Bürger“ auf kommunaler Ebene. Schreiben des Ministers des Innern vom 27.11.1918, NLA AU Rep. 22, Nr. 715.

117 Haddinga, S. 50.

118 Nassua, Macht den Räten, S. 181.

119 Vgl. Berichte in den ON vom 19.11.1918 und in der RZ vom 21.11.1918. Siehe auch: Fiks, S. 25-26.

120 Fiks, S. 27.

121 Bericht in den ON vom 19.11.1918.

dass die „Volkskreise, die bisher die wichtigsten Träger der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung Deutschlands“ gewesen waren, nicht von der „wirksamen Mitarbeit an der Neuaufrichtung unseres Vaterlandes“ ausgeschlossen würden.¹²² Letztlich ging es jedoch darum, für die anstehenden Wahlen zur Nationalversammlung einen Zusammenschluss aller bürgerlichen Parteien zu initiieren.

Verständlicherweise waren die kommunalen Verwaltungen in Ostfriesland keineswegs darauf erpicht, mit den neuen revolutionären Organen zusammenzuarbeiten, selbst wenn sie – wie auch in anderen Regionen des Reiches – zunächst eine „entgegenkommende (...) Haltung“ einnahmen bzw. das Faktum der neugeschaffenen Räte notgedrungen akzeptierten.¹²³ So erklärte der Auricher Landrat Dr. Wilhelm Dyckerhoff, der wenige Tage nach dem Umsturz keinen Hehl daraus machte, dass ihm „das Herz blute bei dem Gedanken, daß der Kaiser abgedankt habe und daß wir keinen Kaiser und König mehr haben sollten“, in einer Gemeinde-Vorsteherversammlung im Beisein des Arbeiter- und Soldatenrates: Mit „den Tatsachen müßten wir uns abfinden, aber niemand werde erwarten, daß wir unsere Überzeugung opfern, daß wir heute verbrennen, was wir gestern angebetet haben.“¹²⁴

Den konservativen Beamten erschienen die Revolutionsorgane „in höchstem Grade suspekt“. Darüber hinaus musste deren Kontrolltätigkeit als „ein Eindringen in einen ihnen nicht zukommenden Bereich, für den sie keine fachlichen Kenntnisse und keine Qualifikation besaßen und in dem sie deshalb nichts zu suchen hatten“, erscheinen.¹²⁵

Trotz dieser Prämissen konnte die Kooperation zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten und den traditionellen Eliten auf lokaler und regionaler Ebene in Ostfriesland in vielerlei Fällen konfliktfrei und erfolgreich verlaufen. Als Paradebeispiele lassen sich die Arbeiter- und Soldatenräte in Aurich, Leer und Norden anführen, die weitgehend ohne Kompetenzgerangel oder Auseinandersetzungen mit den Behörden vor Ort auskamen, sich allerdings auch massiver Eingriffe in die tägliche Verwaltungsarbeit enthielten. So lobte der Regierungspräsident ausdrücklich die gute und reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Behörden in Aurich und dem dort ansässigen Arbeiter- und Soldatenrat.¹²⁶

Größeres Konfliktpotential bestand dagegen auf Borkum. Nach dem bereits erwähnten Versuch des Borkumer Soldatenrates, mittels bewaffneter Soldaten eine Kassenauszahlung einzufordern, kam es Mitte Januar wegen einer Personalfrage erneut zum Streit. Am 10. Januar 1919 gab der Arbeiter- und Soldatenrat in der Borkumer Zeitung bekannt, dass er den bei der Gemeinde angestellten Leiter der Lebensmittelverteilungsstelle II, Derk Lübben, zuständig für die Beschaffung und Verteilung v.a. von Kartoffeln, Rüben oder Kohl, wegen wiederholter Verfehlungen und willkürlicher Abgabe der Lebensmittel seines Amtes enthaben habe.¹²⁷

122 Aufruf in den ON vom 29.11.1918.

123 Vgl. Kolb, Rätewirklichkeit, S. 60.

124 Bericht in den ON vom 19.11.1918.

125 Kolb, Arbeiterräte, S. 275.

126 Vgl. Schreiben des Regierungspräsidenten in Aurich vom 29.01.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561. Siehe auch: Reyer, S. 103. Siehe zu Leer und Norden: Eimers, Geschichte, S. 80; Nassua, Macht den Räten, S. 181.

127 Vgl. Bekanntmachung in der Borkumer Zeitung vom 10.01.1919. Siehe dazu auch: Nassua, Macht den Räten, S. 129-130.

Damit stellte sich der Rat bewusst gegen eine vom Ministerium des Innern am 20. Dezember 1918 erlassene Verfügung, dass Arbeiter- und Soldatenräten in nur „ganz besonders zwingenden Fällen [...] die Einstellung der Tätigkeit von Beamten“ verlangen dürften und sich in diesem Fall mit dem Ministerium abstimmen müssten, das sich eine endgültige Entscheidungshoheit vorbehielt. Ein etwaiges Neubesetzungsrecht bei vakant gewordenen Stellen stand den Räten dagegen nicht zu.¹²⁸ Allerdings erkannte der Borkumer Arbeiter- und Soldatenrat diese Einschränkungen seiner Handlungsoptionen nicht an, erklärte vielmehr, er müsse „stets da eingreifen, wo er sich dazu verpflichtet fühlt.“¹²⁹ Letztlich konnte sich der Rat mit dieser konsequenten Haltung auch durchsetzen. Die Gemeinde, die offensichtlich die angespannte Lage zwischen Verwaltung und Revolutionsorgan nicht noch verschärfen wollte, akzeptierte – entgegen der ministeriellen Verfügung – nicht nur die Absetzung, sondern auch die Einsetzung eines Nachfolgers durch den Arbeiter- und Soldatenrat.¹³⁰

Dagegen erfuhr der Arbeiter- und Soldatenrat in Emden entschiedeneren Widerstand, als er kurz hintereinander eigenmächtig einzelne Mitglieder des Magistrats bzw. des Bürgervorsteherkollegiums ihrer Posten entheben wollte.¹³¹

Einmal ging es um den Bürgerwortführer Dr. Conrad Zorn, dem vorgeworfen wurde, der Stadt Emden für die Leistungen seiner Druckerei überhöhte Rechnungen ausgestellt zu haben.¹³² Daneben aber auch um den Senator Jacob van Bolhuis-Smeding, dem der Vorwurf gemacht wurde, er habe während des Krieges gegenüber Arbeiterfrauen gesagt: „Wenn sie kein Brot hätten, sollten sie ihre Kinder auf der Weide anbinden und Gras fressen lassen.“¹³³ Aufgebrachte Teilnehmer einer Protestdemonstration, die sich anlässlich der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts vor dem Emdener Rathaus versammelt hatten, drangen in eine Magistratssitzung ein, um den Senator mit dem Vorwurf zu konfrontieren. Anschließend wurde er von der Volksmenge zum Arbeiter- und Soldatenrat ins Central-Hotel gebracht, wo eine Justizkommission beschloss, den Senator „bis zur Klarstellung der Sache von seinem Amt als Senator zu entheben.“¹³⁴ Später erklärte Bolhuis-Smeding, er sei damals missverstanden worden. Er hätte auf plattdeutsch etwas ganz anderes gesagt, nämlich: „Kinder, es ist eine schlimme Zeit, die Kühe haben kein Gras zu fressen, und die Menschen haben kein Brot“.¹³⁵

128 Verfügung des Ministeriums des Innern vom 20.12.1918, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561. Anlass dieser Verfügung war, dass sich „Meldungen von der Amtssetzung örtlicher Behörden, insbesondere von Landräten und Bürgermeistern, durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte“ immer weiter gehäuft hatten.

129 Vgl. Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrates vom 25.01.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561. Prinzipiell hatten die Räte auch nicht gegen die Verfügung des Innenministeriums gehandelt, weil es sich bei dem Leiter der Lebensmittelverteilungsstelle nicht um einen Beamten handelte, darüber hinaus noch nicht einmal ein Vertrag zwischen Gemeinde und dem Angestellten vorhanden war. Siehe dazu: Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrates der Festung Borkum an das Landratsamt Emden vom 10.02.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561.

130 Schreiben des Landrats Emden vom 29.03.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561.

131 Vgl. Claudi, S. 199.

132 Vgl. Vermerk über die Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 15.01.1919, StadtA Emden V 8. Zu Zorn siehe: Aiko Schmid, S. 69.

133 Schreiben des Magistrats Emden vom 23.01.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561.

134 Schreiben des Bürgermeisters Mützelburg an den Regierungspräsidenten in Aurich und das Reichsamt des Inneren in Berlin vom 23.01.1919, StadtA Emd V 8.

135 Zitat nach: Aiko Schmid, S. 80.

Beide Fälle standen im Zeichen einer gewissen Radikalisierung innerhalb des Emders Arbeiter- und Soldatenrates seit Ende Dezember 1918, die wiederum im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung zu sehen sind. So traten am 30. Dezember auf einer Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates „erstmalig spartakistische Mitglieder und Delegierte [...] in Aktion“,¹³⁶ die unter anderem eine „Diktatur des Proletariats“ und den „Übergang von der kapitalistischen zum sozialistisch-kommunistischen Wirtschaftssystem“ forderten. Am 1. Januar 1919 fand auf Initiative kommunistischer Kräfte in der Hapag-Halle eine politische Versammlung statt, in der zwei Resolutionen verabschiedet wurden. Darin verurteilten sie die noch zu wählende Nationalversammlung als „Werkzeug der Konterrevolution der Bourgeoisie“, forderten gleichzeitig die „Bewaffnung der industriellen Arbeiterschaft“, die „Entwaffnung aller nicht rein proletarischen Elemente“ und die „restlose Entfernung“ aller bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter aus dem Arbeiter- und Soldatenrat.¹³⁷

Zum entscheidenden Kräfte messen zwischen dem kommunistischen und sozialdemokratischen Flügel kam es schon zwei Tage später. Auf einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates wurden die kommunistisch orientierten Räte – es soll sich immerhin um sechs Mitglieder gehandelt haben – aufgefordert, ihre Mandate zur Verfügung zu stellen, was schließlich mit zwanzig gegen elf Stimmen durchgesetzt wurde.¹³⁸ Damit gelang ein Selbstreinigungsprozess, der jedoch gleichzeitig auch offenbarte, dass sich ein Teil der Arbeiterschaft in Emden radikalen Forderungen durchaus aufgeschlossen zeigte und der Arbeiter- und Soldatenrat damit immer mehr zwischen die Fronten des bürgerlichen und des kommunistischen Lagers geriet. Möglicherweise aus dieser Situation heraus, hatte es der Arbeiter- und Soldatenrat als notwendig angesehen, seine Tatkraft deutlicher unter Beweis zu stellen, so dass er ab Mitte Januar 1919 seine Gangart gegenüber dem Magistrat und dem Bürgervorsteherkollegium signifikant verschärfte.

Sowohl im Fall Zorn als auch bei der Amtsenthebung des Emders Senators wehrte sich die Stadtverwaltung massiv gegen das eigenmächtige Vorgehen des Arbeiter- und Soldatenrates. Während Zorn den Konflikt selbst entschärfte, indem er zumindest von seinem Amt als Wortführer zurücktrat – seine Position als Bürgervorsteher wollte er dagegen behalten –,¹³⁹ erreichte Bürgermeister Mützelburg im Falle Bolhuis-Smedings, dass der Emders Arbeiter- und Soldatenrat die Rückkehr des Senators in sein Amt als Dezernent des Lebensmittelamtes zulassen musste.¹⁴⁰ Außerdem nahm der Bürgermeister die Vorfälle zum Anlass, geheime Gespräche mit den „militärischen Instanzen“ in der Stadt zu führen, um den Schutz des Rathauses zu verbessern und die allgemeine Sicherheitslage in der Stadt zu erhöhen.¹⁴¹ Offensichtlich galt der Arbeiter- und Soldatenrat mit seiner Sicherheitswehr nicht mehr als Garant für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Emden.

136 Pladies, S. 105.

137 Zitate nach Aiko Schmidt, S. 63-64. Siehe auch: Pladies, S. 103; Janssen, S. 59-60.

138 Vgl. Pladies, S. 108; Janssen, S. 61-62.

139 Vgl. Schreiben des Bürgermeisters Mützelburg an den Regierungspräsidenten in Aurich und das Reichsamt des Inneren in Berlin vom 23.01.1919, StadtA Emd V 8.

140 Vgl. Vermerk des Bürgermeisters Mützelburg 24.01.1919, StadtA Emd V 8. Siehe auch: Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates in der Rhein-Ems-Zeitung vom 24.01.1919.

141 Vgl. Schreiben des Bürgermeisters Mützelburg an den Regierungspräsidenten in Aurich und das Reichsamt des Inneren in Berlin vom 23.01.1919, StadtA Emd V 8; Vermerk Mützelburgs vom 22.01.1919, StadtA Emd V 14.

Aber nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern auch im Reich verstärkte sich der Widerstand gegen die Revolutionsgremien, so dass sich die Räte in ihrer Wirksamkeit spürbar gehemmt fühlten. Wenn der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates Leer im Februar 1919 in einem Resümee über die bisherige Tätigkeit des Gremiums der Preußischen Regierung vorwarf, dass „sie die Tätigkeit der Räte zu sehr durch einschränkende Bestimmungen gehemmt habe“, so ist dies durchaus nachvollziehbar.¹⁴²

Tatsächlich unterlag die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte ab Januar 1919 zahlreichen gesetzlichen und verwaltungstechnischen Einschränkungen. Die zugrundeliegenden Verordnungen wurden in Ministerien erarbeitet, in denen auch nach dem Umsturz weiterhin konservative Beamten tätig waren, die den Arbeiter- und Soldatenräten eher „mit Mißtrauen und unverhohlener Abneigung“ gegenüber standen und dabei jede sich bietende Gelegenheit nutzten, um „diese Organe in ihren Kompetenzen zu beschneiden und aus dem politischen Leben auszuschalten“.¹⁴³ Daran änderte auch die Bildung sozialdemokratischer Regierungen auf Reichsebene bzw. in Preußen nur wenig, denn in den Augen der SPD-Führung galten die Arbeiterräte als Organe einer von ihnen so nicht gewollten Revolution und als „Störfaktoren“ im Verwaltungsgetriebe.¹⁴⁴ Gerade die preußische Regierung unter ihren sozialdemokratischen Innenministern Paul Hirsch und ab dem 25. März 1919 Wolfgang Heine trug dazu bei, den Handlungsspielraum der Arbeiter- und Soldatenräte in Preußen – und damit auch in Ostfriesland – Stück für Stück einzuschränken.

Ausgangspunkt zahlreicher ministerieller Verordnungen waren die Reibereien aus dem Nebeneinander der alten Verwaltungselite und der neuen, durch die Revolution geschaffenen Organe, die sich schon frühzeitig auf die Kernfrage konzentrierten, wie weit die Befugnisse und Eingriffsrechte der Arbeiter- und Soldatenräte gingen.

So wurde in einer Verfügung des preußischen Innen- und Finanzministeriums vom 1. Januar 1919 das den Arbeiter- und Soldatenräten zugesprochene „Kontrollrecht“ signifikant aufgeweicht, da sie von nun an nur noch das Recht hatten, „gegen Maßnahmen der Behörden vorläufig Einspruch zu erheben“ und sie zudem auch keine Verwaltungsmaßnahmen mehr fordern durften, die „den geltenden Gesetzen zuwider laufen oder die geordnete und pünktliche Erledigung der Geschäfte zu hindern geeignet“ waren.¹⁴⁵ Mit dieser Formulierung war es den Staats- und Kommunalverwaltungen möglich, prinzipiell jegliche Einflussnahme der Arbeiter- und Soldatenräte auszuschalten. Sie mussten nur darauf hinweisen, dass ihre Maßnahmen durch die Kontrolltätigkeit der Rätevertreter verzögert werden könnten. Auf eine Anfrage hin wurde die Regierung noch konkreter und erklärte, dass den Räten auch keine Vorgänge zugänglich gemacht werden dürften, die gesetzlichen Geheimhaltungsvorschriften unterlagen. Darunter fiel nicht nur die Einsichtnahme in die Steuerlisten, sondern auch allgemein die Teilnahme an Gemeindevorstands- und Magistratssitzungen.

142 Bericht über die Vollversammlung des ASR Leer im Allgemeinen Anzeiger vom 18.02.1919.

143 Kolb, Arbeiterräte, S. 275.

144 Vgl. ebd., S. 172.

145 Verfügung des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums vom 01.01.1919, in: Finanz-Ministerial-Blatt, Nr. 1/2, 1919, S. 5-7, hier: S. 5.

Letztlich war damit eine „Überwachung des bürokratischen Systems“ durch die Arbeiter- und Soldatenräte praktisch nicht mehr möglich.¹⁴⁶

Nachdem Heine das preußische Innenministerium übernommen hatte, „trat die Rätefeindlichkeit der preußischen Regierung offen in Erscheinung; die Regierung war nunmehr bestrebt, die ARE Stück für Stück ihrer Funktionen zu entkleiden und die Grenzen der Kontrolle immer enger zu ziehen, so daß diese schließlich bedeutungslos“ wurden.¹⁴⁷

Auch der Tonfall verschärfte sich zusehends. Ab Mai 1919 hieß es, die „Schaffung oder Duldung eines dritten Kontrollorgans wie die eines Bürger- oder Arbeiterrates [...] [sei] gesetzwidrig“,¹⁴⁸ bzw. würde „mit dem Grundsatz der Demokratie in Widerspruch“ stehen.¹⁴⁹ Damit stellte sich das preußische Innenministerium letztlich gegen den früheren Erlass der preußischen Regierung vom November 1918, in dem die Arbeiter- und Soldatenräte explizit als Kontrollorgane anerkannt worden waren.¹⁵⁰ Für Kolb wurde damit eindeutig festgelegt, dass „die Revolution für die Regierungsinstanzen überhaupt nicht stattgefunden hatte.“¹⁵¹

Eine weitere Möglichkeit, die Handlungsspielräume der Arbeiter- und Soldatenräte zu beschränken, bot die Frage der Finanzierung. Nachdem zunächst von der preußischen Regierung nur die Kostenübernahme für die Arbeiter- und Soldatenräte geregelt worden war, wurde ab 1919 die Frage der Kostenüberprüfung immer bedeutsamer. Ab Januar 1919 mussten die Arbeiter- und Soldatenräte – auch für die zurückliegende Zeit – Abrechnungen über sämtliche Einnahmen und Ausgaben vorlegen.¹⁵² Gleichzeitig wurden die Behörden angewiesen, nur noch „fällige und gehörig belegte Kosten der Räte zur Zahlung anzuweisen“ und keine Pauschalsummen mehr zu verausgaben.¹⁵³ Diese Regelung wurde unverzüglich von Bürgermeister und Landrat in Emden genutzt, um vom Arbeiter- und Soldatenrat die Rückzahlung eines noch im November 1918 geleisteten Vorschusses in Höhe von 30.000 Mark zu verlangen.¹⁵⁴ Sigrid Pladies war der Meinung, diese neue Regelung habe „den finanziellen Ruin“ des Emdener Arbeiter- und Soldatenrates bewirkt.¹⁵⁵ Tatsächlich wirkte sich viel gravierender aus, dass die Militär-Intendantur Hannover ab Februar 1919 ihre erheblichen Zuschusszahlungen vollständig einstellte. Der

146 Kolb, Arbeiterräte, S. 265. In diesem Zusammenhang berichtet Kolb von einem Ministerialentscheid vom 24.12.1918, der auch die Teilnahme der Arbeiter- und Soldatenräte an den Kreisausschusssitzungen für unzulässig erklärte. Ein entsprechender Nachweis in den in Ostfriesland verfügbaren Akten ließ sich jedoch nicht ermitteln. Vgl. ebd., S. 272.

147 Ebd., S. 271.

148 Zitiert nach: Ebd., S. 274.

149 Schreiben des Ministers des Innern vom 10.06.1919, StadtA Leer Nr. 1176. Siehe auch: Ausschnitt aus der Rundschau für Gemeindebeamte, Jg. 25, 1919, Nr. 24, aus: StadtA Emden V 10.

150 Telegramm vom 13.11.1918, StadtA Emden V 9.

151 Kolb, Arbeiterräte, S. 274.

152 Vgl. Verordnung über das Finanzgebaren der Arbeiter- und Soldatenräte, in: Reichsgesetzblatt, Nr. 9, Jg. 1919, S. 37-38.

153 Verfügung des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums vom 01.01.1919, in: Finanz-Ministerial-Blatt, Nr. 1/2, 1919, S. 5-7, hier: S. 7.

154 Vgl. Schreiben des Landrats Emden und des Magistrats Emden vom 24.01.1919, NLA AU Rep. 22 Nr. 715. Stadt Emden und Landkreis hatten sich bereit erklärt, dem Arbeiter- und Soldatenrat Emden je 15.000 Mark zur Verfügung zu stellen. Siehe dazu: Schreiben des Landrats Emden vom 03.12.1918 sowie die mitgeschickte Abschrift der Verhandlungen zwischen dem Landrat und dem Magistrat vom 23.11.1918, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561.

155 Vgl. Pladies, S. 91.

Arbeiter- und Soldatenrat Emden sah sich genötigt, seinen Geschäftsbetrieb massiv einzuschränken, die Büroräume im Central-Hotel aufzugeben und alle Angestellten zu entlassen.¹⁵⁶ Von einer ostfrieslandweiten Zuständigkeit des Emdener Arbeiter- und Soldatenrates war zu diesem Zeitpunkt keine Rede mehr.

Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte und Bildung von Bürgerwehren

Mit großem Interesse haben die einzelnen Stadtverwaltungen in Ostfriesland nicht nur die Entwicklung vor Ort, sondern auch im Reich beobachtet. So sammelte die Stadt Leer ab Mitte Februar in ihren Akten Zeitungsmeldungen, in denen über Selbstauflösungen einzelner Arbeiter- und Soldatenräte berichtet wurde, die nach der Konstituierung der Nationalversammlung und der Abhaltung der Gemeindewahlen ihren Zweck als erfüllt ansahen.¹⁵⁷

Ebensowenig wie bei den Gründungsdaten ist es nicht in allen Fällen möglich, den Zeitpunkt der Auflösung der einzelnen Arbeiter- und Soldatenräte exakt festzustellen, insbesondere weil in der Regel die Arbeiterräte als eigenständige Einrichtung weiter bestanden und teilweise noch bis Ende des Jahres aktiv waren.

Die ersten Auflösungen von Arbeiter- und Soldatenräten auf ostfriesischem Boden erfolgten durch massiven Druck von außen, als Regierungstruppen in Wilhelmshaven und Wittmundhafen einmarschierten und die neuen Revolutionsorgane am 20. Februar bzw. am 25. Februar 1919 faktisch ausschalteten.¹⁵⁸ Ähnlich verlief die Entwicklung in Emden, als die Stadt am Vormittag des 27. Februars durch Einheiten der Marine-Brigade von Roden besetzt wurde. Die Truppen entfernten die rote Fahne vom Rathaus, entwaffneten die Sicherheitskompanie und drangen in die Büroräume des Arbeiter- und Soldatenrates ein, wo sie Schränke und Schreibtische aufbrachen und Unterlagen des Revolutionsgremiums beschlagnahmten.¹⁵⁹ Abgesehen von zwei dokumentierten Misshandlungen kam es allerdings zu keiner weiteren Gewaltanwendung.¹⁶⁰

Der Auslöser für den Einmarsch in Emden ist bis heute weitgehend ungeklärt. Bürgermeister Mützelburg wies mehrmals darauf hin, dass die Stadt Emden nicht um eine Unterstützung durch das Militär gebeten hatte.¹⁶¹ Tatsächlich lässt sich

156 Vgl. Vermerk über ein Gespräch mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Emden vom 08.02.1919 sowie Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrates Emden an alle Mitglieder und Angestellten vom 08.02.1919, NLA AU Rep. 22 Nr. 715.

157 Vgl. Zeitungsberichte in StadtA Leer Nr. 1176, darunter Bericht im Leerer Anzeigenblatt vom 18.02.1919 über den Entschluss des Arbeiter- und Soldatenrates in Osnabrück, seine politischen Geschäfte an die Behörden überzuleiten sowie Bericht im Leerer Anzeigenblatt vom 26.02.1919, dass sich die Arbeiter- und Soldatenräte in Halberstadt und Zerbst auflösten. Ebenso findet sich in den Akten ein Ausschnitt aus dem Leerer Anzeigenblatt vom 21.02.1919, in dem über eine Meldung der Täglichen Rundschau berichtet wird, dass bis zum 1. April eine Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte zu erwarten sei.

158 Vgl. Schreiben des Magistrats in Wilhelmshaven vom 23.05.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3920. Siehe auch: Lüpke-Müller, S. 14.

159 Vgl. Zeitungsbericht in der OZ vom 28.02.1919; Denkschrift des Arbeiter- und Soldatenrates Emden vom 8. April 1919, NLA AU Rep. 22 Nr. 715. Siehe auch: Pladies, S. 115-116; Aiko Schmidt, S. 116-117.

160 Vgl. Abschrift zweier Aussagen vom 28.02.1919, StadtA Emden V 15.

161 Vgl. Sitzungsprotokolle vom 27.02.1919 (vormittags und nachmittags), StadtA Emden V 15. Siehe auch: Einmarsch von Regierungstruppen in Emden, in: OZ vom 28.02.1919.

das militärische Eingreifen in Emden auf den Regierungspräsidenten in Aurich zurückführen, der seit Ende Januar bei den Ministerien in Berlin Stimmung gegen den Arbeiter- und Soldatenrat in Emden gemacht hatte. In einem ausführlichen Schreiben vom 29. Januar 1919 wurde dem Arbeiter- und Soldatenrat in Emden vorgeworfen, nicht nur „in Stadt- und Landkreis Emden die uneingeschränkte Herrschaft zu erlangen“, sondern auch „die Soldatenräte des ganzen Regierungsbezirks seinen radikalen Bestrebungen dienstbar zu machen“.¹⁶² Zur Untermauerung der Behauptung wurden nicht nur ausführlich die kurz zuvor vom Arbeiter- und Soldatenrat durchgeführten Amtsenthebungen aufgeführt, sondern dem Revolutionsgremium auch unterstellt, in einem Lohnkonflikt die Direktion der Nordseewerke mit Waffengewalt genötigt zu haben, den Arbeitern den geforderten Stundenlohn zu zahlen.¹⁶³ Als Beispiel, mit welcher „Skrupellosigkeit“ der Emdener Arbeiter- und Soldatenrat auch außerhalb seines Zuständigkeitsbereiches agieren würde, führte der Regierungspräsident einen Vorfall vom 19. auf den 20. Dezember 1918 an, als 150, zum Teil mit Maschinengewehren bewaffnete Matrosen mit einem Sonderzug nach Aurich entsandt wurden, um dort das Ersatzbataillon 25 mitten in der Nacht zu überfallen und einen Teil der Offiziere kurzfristig festzunehmen.¹⁶⁴ Aus Sicht des Regierungspräsidenten verfolgten die Emdener Räte das Ziel, „sich an die Spitze der Arbeiter- und Soldatenräte in ganz Ostfriesland“ zu setzen. Ein „Fortbestehen dieser Willkürherrschaft“ sei nicht tragbar, so dass „ein sofortiges und energisches Vorgehen“ nötig wäre, um Ruhe und Sicherheit innerhalb des Regierungsbezirkes wieder her zu stellen.

In einer Stellungnahme wegen des vom Arbeiter- und Soldatenrat geforderten vier Millionen-Fonds wurde der Regierungspräsident sogar noch deutlicher: Der Arbeiter- und Soldatenrat sei nicht nur „mit spartakistischen und kommunistischen Elementen“ durchsetzt, sondern habe vor, „seinen Einfluß auf ganz Ostfriesland auszudehnen, insbesondere durch Gewährung von hohen Geldbezügen sich eine ganz ergebene Truppe zu schaffen, die zur Terrorisierung und Ausschaltung der übrigen im Bezirk vorhandenen mit den Behörden in guten Einvernehmen arbeitenden AuSR verwandt werden sollte.“¹⁶⁵

Nachdem die Regierungstruppen in Emden einmarschiert waren und das sofortige Ende des Arbeiter- und Soldatenrates forderten, wurde in mehrtägigen Verhandlungen schließlich ein Kompromiss gefunden: Der bisherige Soldatenrat und die Sicherheitskompagnien wurden aufgelöst, während der Arbeiterrat noch bis zur Abhaltung des 2. Reichsrätekongresses im April 1919 bestehen bleiben sollte, um seine Geschäfte abzuwickeln.¹⁶⁶ Tatsächlich lässt sich in Emden das Fortbestehen eines Arbeiterrates bis Ende 1919 verfolgen, auch wenn dieser nicht mehr an

162 Hier und im Folgenden: Schreiben des Regierungspräsidenten in Aurich vom 29.01.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561. Siehe auch: R e y e r, S. 103 und 113.

163 Siehe dazu: A i k o S c h m i d t, S. 46-49.

164 Vgl. Bericht über Zwischenfall in Aurich in der Nacht vom 19. auf 20.12.1918, NLA AU Rep 16/1 Nr. 3561. Siehe auch: R e y e r, S. 102-103. Bei Aiko Schmidt findet sich kein Hinweis auf diesen Zwischenfall.

165 Schreiben des Regierungspräsidenten in Aurich vom 22.02.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561.

166 Vgl. Sitzungsprotokoll vom 01.03.1919, StadtA Emden V 15. Siehe auch: Der Generalstreik in Emden, in: Emdener Zeitung vom 03.03.1919.

den Aufgaben der Stadtverwaltung mitwirkte, sondern eher die Funktion einer Interessensvertretung übernahm.¹⁶⁷

Im Vergleich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Emden verlief die Auflösung der übrigen Revolutionsgremien in Ostfriesland weitgehend unspektakulär. So hatten die Arbeiter- und Soldatenräte in Weener und in Aurich von sich aus beschlossen, sich im März 1919 aufzulösen.¹⁶⁸ Bis in den März/April ist in Aurich ein eigenständiger Arbeiterrat nachzuweisen.¹⁶⁹ Etwa zur gleichen Zeit stellte auch der Arbeiterrat auf Borkum seine Aktivitäten ein, nachdem sich zuvor der dortige Arbeiter- und Soldatenrat aufgelöst hatte.¹⁷⁰ Eine ähnliche Entwicklung erfolgte auch in Norden. Während sich die Auflösung des Soldatenrates nicht exakt terminieren lässt, besaß der Vorsitzende des Arbeiterrates noch bis Mitte des Jahres ein eigenes Büro im Norder Rathaus, auch wenn er seine Funktion als „politisches Kontrollorgan“ bereits im März aufgegeben hatte. Am 21. Juni 1919 löste sich schließlich der „besoldete Arbeiter-Rat“ auf.¹⁷¹

Sehr viel länger Bestand hatte dagegen der Arbeiterrat in Leer, nachdem sich der dortige Soldatenrat bis zum 10. März 1919 aufgelöst hatte.¹⁷² Letztlich war der Arbeiterrat in Leer noch bis in den Januar 1920 aktiv.¹⁷³ Allerdings beschränkte sich die Tätigkeit des Vorsitzenden, Conrad Bruns, dem weiterhin ein Büro im Rathaus zugestanden wurde, darauf, daß er „gelegentlich Beschwerden entgegennimmt oder irgendwelche Anregungen gibt oder weitergibt. Irgendeine Kontrolle über die städtische Verwaltung übt[e] er [...] nicht mehr aus.“¹⁷⁴

167 Vgl. Schreiben des Magistrats der Stadt Emden vom 02.07.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3920. So umfasste der Arbeiterrat im Juli 1919 noch fünf Mitglieder, von denen aber nur drei aktiv tätig waren. Im Dezember 1919 wurden offensichtlich „letztmalig“ 100 Mark für Leistungen des Emdener Arbeiterrates aufgewandt. Siehe dazu: Schreiben an den Regierungspräsidenten in Aurich vom 30.12.1920, StadtA Emd V 10.

168 Der Auricher Arbeiter- und Soldatenrat bestand bis zum 10.03.1919, das Weener Pendant bis zum 26.03.1919. Vgl. Schreiben des Landrats in Aurich vom 11.03.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3561; Schreiben des Landrats Weener vom 13.05.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3920. Bereits zuvor hatte die Reichsregierung mit der Verordnung über die „Vorläufige Regelung der Kommandogewalt“ vom 19.01.1919 Neuwahlen der Soldatenräte beschlossen und deren zukünftige Aufgabengebiete weitgehend auf die „Fürsorge für die Truppe“ beschränkt. Dagegen war es ihnen untersagt, sich in die Angelegenheiten der Zivilverwaltung einzumischen. Vgl. Vorläufige Regelung der Kommandogewalt vom 19.01.1919, in: Gerhard A. R i t t e r / Susanne M i l l e r (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Hamburg 1975, S. 200-203; K l u g e, S. 275-276.

169 Vgl. R e y e r, S. 114-115.

170 Vgl. Sabine R o ß, Politische Partizipation und nationaler Räteparlamentarismus. Determinanten des politischen Handelns der Delegierten zu den Reichsrätekongressen 1918/1919. Eine Kollektivbiographie, Köln 1999, S. 50 [http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-285933 - Aufruf am 24.06.2019].

171 Vgl. Schreiben des Magistrats der Stadt Norden vom 21.06.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3920. Siehe auch: H a d d i n g a, S. 53-54.

172 Vgl. Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrates Leer vom 05.03.1919, StadtA Leer Nr. 1176. Siehe auch: Zeitungsbericht im Leerer Anzeigenblatt vom 04.03.1919.

173 Schreiben des Magistrats Leer vom 02.01.1920, StadtA Leer Nr. 1176. Darin heißt es: „Der Arbeiterrat hat sich hier in Leer nicht völlig aufgelöst, um gegebenenfalls bei Unruhen und künftigen Schwierigkeiten mit der Arbeiterschaft vermittelnd eingreifen zu können.“

174 Schreiben des Magistrats in Leer vom 14.05.1919, NLA AU Rep. 16/1 Nr. 3920.



Abb. 4: Stempel des Arbeiter- und Soldatenrates in Leer mit Unterschrift des Vorsitzenden (StadtA Leer Nr. 1176)

Mit der Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in Ostfriesland gewann die Frage, wie vor Ort weiterhin Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werden könnten, an neuer Dringlichkeit. Daher ist es kein Zufall, dass genau in diesem Moment erneut die Diskussion über die Einrichtung von Einwohnerwehren einsetzte. Besonders signifikant ist dies in Emden bei den Verhandlungen während der Besetzung durch die Regierungstruppen. Denn schon am 27. Februar 1919, als noch keine endgültigen Beschlüsse gefallen waren, erklärte der Bürgermeister Dr. Mützelburg: „Da infolge der Neuordnung der Verhältnisse die Auflösung des A.-u.-S.Rats und der Sicherheitskompagnie erfolgt, ist es notwendig, an deren Stelle eine neue Organisation zu schaffen, die den Zweck hat, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Dies geschieht am besten durch eine Bürgerwehr“.¹⁷⁵

Tatsächlich setzte Mitte März 1919 in ganz Ostfriesland der „planmäßige Aufbau von Wehren“ auf Grundlage eines Runderlasses des Regierungspräsidenten ein. Darin hieß es: „Um der zunehmenden Unsicherheit in Stadt und Land und gewaltsamen Eingriffen in die Lebensmittelproduktion und Verteilung vorzubeugen, wird neuerdings, insbesondere auch im Hinblick auf die teils erfolgte, teils unmittelbar bevorstehende Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte (...) die Bildung von Volkswehren zum Selbstschutz der Städte und Gemeinden wieder angeregt.“¹⁷⁶ Allerdings führten erst die Unruhen in den Kreisen Emden, Leer und Weener, die unter der Bezeichnung „Speckumzüge“ bekannt wurden, zu einer tatsächlich flächendeckenden, vor allem die Landgemeinden abdeckenden Einrichtung von Einwohnerwehren.¹⁷⁷

¹⁷⁵ Sitzungsprotokolle vom 27.02.1919 (vormittags), StadtA Emden V 15.

¹⁷⁶ Erlass des Regierungspräsidenten in Aurich vom 19.03.1919, NLA AU Dep. 34 b, Nr. 860. Siehe auch: Hans-Bernhard Eden, Die Einwohnerwehren Ostfrieslands von 1919 bis 1921, in: Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer, Bd. 65, 1985, S. 81-134, hier: S. 95.

¹⁷⁷ Vgl. Eden, S. 97-98. Siehe auch die bei Eden aufgeführte Übersicht der in Ostfriesland gegründeten Einwohnerwehren, S. 101-108.

Schluss

Die Handlungsspielräume der Arbeiter- und Soldatenräte in Ostfriesland zwischen November 1918 und Februar/März 1919 waren sehr unterschiedlich. Sie hingen nicht nur von der Zusammensetzung der Räte und ihrer Ziele ab, sondern auch von den Rahmenbedingungen, die durch Verordnungen und Gesetze der Ministerien und der Regierung gesetzt wurden. Ausschlaggebend waren jedoch immer die Machtverhältnisse vor Ort, die darüber entschieden, welche Maßnahmen die Arbeiter- und Soldatenräte auf lokaler Ebene ergreifen konnten.

Letztlich betrieb die preußische Regierung spätestens seit Anfang Januar 1919 eine „systematische Politik“ zur Ausschaltung der Arbeiter- und Soldatenräte,¹⁷⁸ die sich auch bei den ostfriesischen Revolutionsorganen bemerkbar machte. Da diese offiziell die neue Regierung anerkannt hatten,¹⁷⁹ waren sie letztlich gezwungen, auch die Entscheidungen der Regierung mitzutragen, wenn sie nicht die Revolution erneut befeuern und damit auch die Gefahr einer linksradikaleren Entwicklung zu einer Räterepublik, die von ihnen nicht angestrebt wurde, heraufbeschwören wollten. Damit wurden jedoch auch ihre Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt, so dass es den Räten in Ostfriesland immer schwerer fiel, ihre Kontrollaufgabe wahrzunehmen und fortzusetzen.

Zusammenfassung

Innerhalb kürzester Zeit gründeten sich auch in Ostfriesland zahlreiche Arbeiter- und Soldatenräte, die sich in der frühen revolutionären Phase vor allem als Institutionen des Übergangs verstanden und nicht danach strebten, die traditionellen Verwaltungsstrukturen auf kommunaler Ebene zu ersetzen. Vielmehr beschränkten sie sich weitgehend auf die von der Reichsregierung in ihrem Erlass vom 13. November 1918 zugestandene Kontrollfunktion. Vielfach verlief die Zusammenarbeit zwischen den Räten und den lokalen Behörden reibungslos, konnte aber auch zu größeren Konflikten führen wie z.B. auf Borkum oder in Emden.

Ab 1919 wurden auf dem Verordnungswege – z.B. durch Finanzierungsregelungen – die Handlungsspielräume der Arbeiter- und Soldatenräte insgesamt und damit auch der ostfriesischen Räte immer weiter eingeschränkt. Schließlich haben sich die meisten Arbeiter- und Soldatenräte in Ostfriesland nach Konstituierung der Nationalversammlung selbst aufgelöst, wobei die Arbeiterräte als eigenständige Institution zum Teil noch bis Ende 1919 bestehen blieben.

¹⁷⁸ Kittel, S. 92.

¹⁷⁹ Ausdrücklich hatten z.B. die Arbeiter- und Soldatenräte in Aurich und Emden in ihren Bekanntmachungen formuliert, dass sie die „jetzt bestehende Regierung“ anerkennen würden. Vgl. Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates Aurich o.Datum, NLA AU Rep. 246, Nr. 4; Verordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates vom 12.11.1918, abgedruckt in: Claudi (Anlageband), S. 37.

Literatur

- Volker Apfeld, Borkum – Festung im Meer. Die interessante Geschichte der Seefestung Borkum von den Anfängen im Jahre 1902 bis zur Schließung des Bundeswehrstandortes 1996, Emden 2005.
- Hartmut Büsing / Johann Cramer, ... das Volk vom Elend zu erretten. Revolution in Rüstringen und Wilhelmshaven, Wilhelmshaven 1988.
- Marianne Claudi / Reinhard Claudi, Goldene und andere Zeiten. Emden – Stadt in Ostfriesland, Emden 1982, zudem: Anlageband.
- Johann Cramer, Der rote November 1918. Revolution in Wilhelmshaven, Wilhelmshaven 1968.
- Walter Deeters, Geschichte der Stadt Emden von 1890 bis 1945, in: Jannes Ohling u.a. (Hrsg.), Ostfriesland im Schutze des Deiches, Bd. 7, Leer 1980, S. 197-256.
- Albrecht Eckhardt, Von der sozialistischen Revolution zur praktischen Tagespolitik und Staatsverwaltung. Das Direktorium des Freistaats Oldenburg in seinen Protokollen 1918/19, Oldenburg 2017.
- Hans-Bernhard Eden, Die Einwohnerwehren Ostfrieslands von 1919 bis 1921, in: Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer, Bd. 65, 1985, S. 81-134.
- Enno Eimers, Kleine Geschichte der Stadt Leer, Leer 1993.
- Enno Eimers, Leer unter dem Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19, in: Ostfriesland. Zeitschrift für Kultur, Wirtschaft und Verkehr, 1973, Heft 3, S. 15-19.
- Norbert Fiks, Die Novemberrevolution. Leer unter dem Arbeiter- und Soldatenrat, Nordstedt 2007.
- Alexander Gallus, Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel, in: Alexander Gallus (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 14-38.
- Alexander Gallus, Revival einer Revolution. Historisierung und Aktualisierung der Umbrüche von 1918/19, in: Sonja Kinzler / Doris Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, S. 18-23.
- Robert Gerwath, Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, München 2018.
- Jens Graul, Die Revolution in Wilhelmshaven-Rüstringen: Oktober 1918 - Februar 1919, in: Stephan Huck (Hrsg.), Die See revolutioniert das Land, Wilhelmshaven 2018, S. 41-50.
- Helga Grebing, Konservative Republik oder soziale Demokratie. Zur Bewertung der Novemberrevolution in der neueren westdeutschen Historiographie, in: Helga Grebing (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/19, Berlin 2008, S. 15-39.
- Johann Hadtinga, Bewegte Zeiten in Norden. Geschichte im Spiegel der Jahre 1914-1948, Norden 2010.
- Lenhard Jansen, Revolutionäre Bewegungen in Ostfriesland am Anfang der Weimarer Republik (masch. Hausarbeit zur 1. Lehramtsprüfung), Wirdum 1974.
- Joachim Käppner, 1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen, München 2017.
- Peter Keller, Ruhe und Ordnung in Ostfriesland? Ein Beitrag zur Geschichte des „Anti-Chaos-Reflexes“ nach dem Ersten Weltkrieg, in: Michael Hermann / Paul Weßels (Hrsg.), Ostfriesland im Ersten Weltkrieg, Aurich 2014, S. 335-350.
- Sonja Kinzler / Jens Buttgerit, „Sturmvoegel der Revolution“. Zur Verbreitung der

- Revolution durch (Kieler) Matrosen, in: Sonja Kinzler / Doris Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, S. 140-149.
- Erich Kittel, Novemberumsturz 1918. Bemerkungen zu einer vergleichenden Revolutionsgeschichte der deutschen Länder, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jg. 104, 1968, S. 42-108.
- Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975.
- Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Frankfurt / Main / Berlin / Wien 1978
- Eberhard Kolb, Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19, in: Helga Grebing (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/19, Berlin 2008, S. 41-67.
- Knut-Hinrik Kollex, Blaupause für die Revolution. Die „Kieler 14 Punkte“, in: Sonja Kinzler / Doris Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, S. 122-127.
- Christian Lübcke, Zehn Tage im November. Eine Rekonstruktion des Kieler Matrosenaufstands, in: Sonja Kinzler / Doris Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, S. 97-103.
- Inge Lüpke-Müller, Der Landkreis Wittmund zwischen Monarchie und Diktatur. Politische Strukturen und Wahlergebnisse von 1918 bis 1933, in: Herbert Reyer (Hrsg.), Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur, Aurich 1998, S. 11-83.
- Lothar Machta, Der erstaunlich lautlose Untergang von Monarchie und Bundesfürstentümern – ein Erklärungsangebot, in: Alexander Gallus (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 39-56.
- E.A. Meinecke, Das werdende „neue Deutschland“, in: Ostfriesisches Schulblatt. Zeitschrift des Ostfriesischen Lehrerverbandes, 58. Jg., 1918, S. 361-364.
- Siever Johanna Meyer-Abich (Hrsg.), Jann Berghaus erzählt. Lebenserinnerungen von Jann Berghaus, Aurich 1967.
- Jürgen Mittag, Von der verratenen zur vergessenen Revolution? Einleitende Anmerkungen zum Kontext von Arbeiterbewegung und Ruhrgebiet in der Revolution 1918 bis 1920, in: Karl Christian Führer u.a. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920, Essen 2013, S. 19-43.
- Heinrich Muth, Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 21, 1973, Heft 1, S. 1-38.
- Rudolf Nassua, Alle Macht den Räten. Arbeiterräte, Bauern- und Landarbeiterräte, Soldatenräte in Ostfriesland 1918 bis 1919, Aurich 2007.
- Rudolf Nassua, Und alle Macht den Räten. Soldatenrat und Arbeiterrat in Aurich in den Jahren 1918/19, in: Heimatkunde und Heimatgeschichte, Folge 10, Oktober 1998, S. 39-40 (Teil 1), Folge 11, November 1998, S. 43 (Teil 2) und Folge 12, Dezember 1998, S. 47-48 (Teil 3).
- Wolfgang Nies, Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, Berlin / München / Zürich / Wien 2017.
- Sigrid Pladies, Funktion und Bedeutung des Emdener Arbeiter- und Soldatenrates von November 1918 bis Februar 1919 (masch. Prüfungsarbeit für das Lehramt an Realschulen), Emden 1967.
- Wilfried Reininghaus, Die Revolution von 1918/19 in Westfalen und Lippe als

- Forschungsproblem. Quellen und offene Fragen, Münster 2016.
- Herbert R e y e r, Revolution und demokratischer Neubeginn. Stadt und Landkreis Aurich in den Jahren 1918 bis 1920, in: D e r s. (Hrsg.), Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur, Aurich 1998, S. 85-122.
- Gerhard A. R i t t e r / Susanne M i l l e r (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Hamburg 1975.
- Sabine R o ß, Biographisches Handbuch der Reichsrätekongresse 1918/19, Düsseldorf 2000.
- Sabine R o ß, Politische Partizipation und nationaler Räteparlamentarismus. Determinanten des politischen Handelns der Delegierten zu den Reichsrätekongressen 1918/1919. Eine Kollektivbiographie, Köln 1999, [URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-285933>].
- Sabine R o ß, Revolution ohne Revolutionäre? Kollektive Biographie der Delegierten der deutschen Reichsrätekongresse 1918/1919, in: Historical Social Research 23, 1998, Heft 3, S. 38-57, [DOI: <http://dx.doi.org/10.12759/hsr.23.1998.3.38-57>].
- Reinhard R ü r u p, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte, in: Helga G r e b i n g (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/19, Berlin 2008, S. 305-328.
- Axel S c h i l d t, Der lange November – zur Historisierung einer deutschen Revolution, in: Alexander G a l l u s (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 223-244.
- Aiko S c h m i d t, Die Novemberrevolution 1918 und die Anfänge der Weimarer Republik in Emden, Oldenburg 2018.
- Heinrich S c h m i d t, Politische Geschichte Ostfrieslands, Leer 1975.
- Gerd S t e i n w a s c h e r, Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, in: D e r s. (Hrsg.), Geschichte Niedersachsens, Bd. 5: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 19-197.
- Volker U l l r i c h, Die Revolution von 1918/19, München 2009.
- Volker U l l r i c h, Die vergessene Revolution. Erst 100 Jahre später rücken die Ereignisse von 1918/19 wieder in ein positiveres Licht, in: Das Parlament, 68. Jg., Nr. 30-31, 2018, S. 1.
- Rolf U p h o f f, Brot, Frieden, Ruhe – Demokratie? 1918: Novemberrevolution in Ostfriesland, in: Ostfriesland-Magazin 11, 1998, S. 81-85.
- Rolf U p h o f f, Nur ein kurzes Intermezzo: Arbeiter- und Soldatenräte. Novemberrevolution in Ostfriesland 1918/19 – Das Scheitern, in: Heim und Herd, Nr. 6, 1999, S. 21-24.
- Rolf U p h o f f, Revolution auf Anmeldung. November 1918 in Emden, in: Ostfreesland. Kalender für Ostfriesland, Bd. 101, 2018, S. 152-156.
- Karl-Heinz de W a l l, Republik Oldenburg-Ostfriesland zu gründen schnell zum Scheitern verurteilt, in: Heimat am Meer, 2019, Nr. 2, S. 5-7.
- Martin W e i n, Stadt wider Willen. Kommunale Entwicklung in Wilhelmshaven / Rüstringen 1853-1937, Marburg 2006.
- Axel W e i p e r t, Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015.
- Axel W e i p e r t, Räte als politischer Raum. Ziele und Praxis der Räte in der Novemberrevolution, in: Sonja K i n z l e r / Doris T i l l m a n n (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, S. 170-175.
- Mario W e n z e l, Die Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution von 1918/19, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 66. Jg., 2018, Heft 10, S. 799-812.